

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Die Ära des Staatssozialismus.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504

bildete es doch. Auf seines Nachfolgers, des Herrn von Bötticher, Übereinstimmung mit seinen eigenen Plänen glaubte Fürst Bismarck vollständig bauen zu können.

Die Ära des Staatssozialismus.

Der preussische
Landtag.

Das erste Programm nach diesem Personenwechsel brachte die preussische Thronrede vom 28. Oktober 1880. Sie verhieß die Fortführung der Verwaltungsreform, die weitere Ausbildung des Staatsbahnsystems und ein Verwendungsgesetz für die Überschüsse, die Preußen vom Reich empfangen werde, und forderte die Abgeordneten auf an der Durchführung der wirtschaftlichen Reform, die für das Reich in Angriff genommen sei, mitzuwirken. Ob die Mehrheit, welche der Kanzler dafür wünschte, die konservativ-ultramontane, oder die konservativ-national-liberale sein werde, stand dahin. Da aber das Centrum bei der Einweihung des Kölner Domes, die in Gegenwart des Kaisers am 15. Oktober stattgefunden hatte, durch eine „würdige Zurückhaltung“ die Gefühle der Konservativen verletzt hatte, schloß ein Teil von diesen zunächst bei der Präsidentenwahl ein Bündnis mit den Liberalen, entfernte den ultramontanen von Heereman aus dem Präsidium und bildete dasselbe aus den Herren von Köller, Benda und Stengel.

Bismarcks
Konflikt mit
Eulenburg.

Die Spannung, welche sich darin kundgab, verstärkte sich noch bei der Beratung der Provinzialordnung für Posen, indem das Centrum dabei für die Forderungen der Polen eintrat. Übrigens wurde dieselbe im Februar 1881 angenommen und im Laufe der nächsten Jahre nach und nach auch die Einführung in den westlichen Provinzen ins Werk gesetzt. Dagegen scheiterte das sog. Kompetenzgesetz, welches die Zuständigkeit der Behörden ordnen sollte, nachdem es zu einem sehr merkwürdigen Zwischenfall geführt hatte. Im Herrenhause wurde nämlich ein Beschluß der Abgeordneten, wonach dem Kreisausschuß die Aufsicht über die Landgemeinden zustehen sollte, von Kleist-Neckow bekämpft, von Graf Eulenburg aber befürwortet. Da erhob sich der Geheimrat Rommel aus dem Handelsministerium und verlas ein Schreiben Bismarcks, in welchem dieser erklärte, die Annahme des Paragraphen mache die Ausdehnung des Gesetzes auf die anderen Provinzen unmöglich. Als Eulenburg darauf seine Entlassung forderte, erschien Bismarck am 21. Februar 1881 selbst im Herrenhause, erklärte, daß Rommel das Schreiben gegen seinen Willen verlesen habe, suchte den sachlichen Zwispalt als wenig erheblich darzustellen und stimmte selbst für den Paragraphen, der auch angenommen wurde. Die Äußerungen des Ministerpräsidenten lauteten aber so ungünstig für die Prinzipien der Verwaltungsreform, daß die Mehrheit in beiden Häusern darauf verzichtete, die noch vorhandenen Differenzpunkte zu beseitigen und infolgedessen keine Übereinstimmung erzielt wurde. Eulenburg beharrte auf seinem Rücktritt und wurde am 6. März durch den Kultusminister von Puttkamer ersetzt, der aber sein bisheriges Amt einstweilen beibehielt.

Die
bedeutend
besonders
Gemeinde
die Part
gar nicht
als früh
nicht an
was ein
Puttkam
treibung
1000 P
ordnung
150 mit
2 Prozen
diese gro
Nur ver
Windtho
Rauchha
angenom
der Unt
Diskussi
hebung
Un
Vorlage
ab, und
Session
Hauptin
Preußen
Erlaß v
Einkomm
die For
schlossen
und W
stehende
daß der
liberalen
haus ge
hart m
stimmur
Finanzr
gesetz v
Steuern
Dafür
außer S
der Gr

Die Stimmung des Centrums blieb fortdauernd eine gereizte. So Das Centrum. bedeutende Vorteile die katholische Kirche durch das Zuligesez von 1880, besonders durch die Ermächtigung der anerkannten Geistlichen in anderen Gemeinden Amtshandlungen zu verrichten errungen hatte, so beobachtete die Partei doch konsequent die Haltung, als ob das in ihren Augen gar nichts sei. Windthorst griff das Kultusministerium weit heftiger als früher an und stellte den Antrag allen Geistlichen, also auch den nicht anerkannten, das Messlesen und Sakramentespenden zu gestatten, was einem Verzicht des Staates auf die Anzeigepflicht völlig gleichkam. Puttkamer machte in der Debatte vom 26. Januar 1881 gegen die Überreibungen des ultramontanen Führers vor allem geltend, daß von den 1000 Pfarreien mit mehr als 2 Millionen Seelen, denen es an einem ordnungsmäßig bestellten Pfarrer fehle, seit dem Zuligesez nur noch 150 mit etwa 170 000 Seelen, d. h. 3 Prozent der Pfarreien mit 2 Prozent der preussischen Katholiken, der Seelsorge entbehrten und daß diese große Verbesserung gegen den Willen des Centrums erreicht sei. Nur vereinzelte Abgeordnete anderer Fraktionen stimmten trotzdem für Windthorsts Antrag; die Konservativen beantragten durch Herrn von Rauchhaupt eine wohlwollend ablehnende Tagesordnung, die jedoch nicht angenommen wurde, und mit 254 gegen 115 Stimmen wurde schließlich der Antrag abgelehnt. Dasselbe Schicksal erlitt, und zwar ohne große Diskussion, am 16. Februar ein zweiter Antrag Windthorsts auf Aufhebung der Temporalien Sperre.

Unter diesen Umständen hing das Zustandekommen der wichtigsten Vorlagen von der Verständigung der Regierung mit den Nationalliberalen ab, und diese gelang fast in keinem Punkte; insbesondere blieb die Session ganz unfruchtbar für die Fortbildung der Eisenbahnpolitik. Ihr Hauptinteresse knüpfte sich an die Vorlagen wegen der Verwendung der Preußen zufließenden Reichseinnahmen. Die Thronrede hatte einen Erlaß von 14 Millionen für die untersten Stufen der Klassen- und Einkommensteuer vorgeschlagen, indes nur für ein Jahr. Richter und die Fortschrittspartei beantragten darauf, daß der Erlaß dauernd beschloffen werde, und nach einigem Bedenken fanden es die Konservativen und Ultramontanen, ja die Regierung selbst im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen für geraten sich für diesen Antrag zu erklären, so daß derselbe am 29. Januar 1881 gegen etwa 100 Stimmen der Nationalliberalen und Freikonservativen angenommen wurde. Auch das Herrenhaus gab nach einer lebhaften Befürwortung durch Bismarck, der dabei hart mit Camphausen aneinander geriet, am 18. Februar seine Zustimmung. Außer dieser beschränkten Maßregel legte nun aber der Finanzminister Bitter dem Landtage auch ein umfassendes Verwendungsgesez vor, dessen Voraussetzung war, daß der Reichstag noch so viel Steuern bewilligen werde, daß Preußen davon etwa 70 Millionen erhalte. Dafür sollten dann die vier untersten Stufen der Klassensteuer ganz außer Hebung gesezt, die acht übrigen aber den Kreisen und die Hälfte der Grund- und Gebäudesteuer den Gemeinden überwiesen werden. Auf

Der Steuer-
erlaß.

Das Verwen-
dungsgesez.

dieses Gesetz sich einzulassen hatten die meisten Parteien schon deshalb keine Lust, weil sie sich dadurch moralisch für die vom Reichstage geforderten neuen Steuern zu verpflichten fürchteten; aber auch gegen die Einzelheiten der Vorlage wurden schwerwiegende Bedenken erhoben. Daß Bismarck bei der ersten Lesung im Februar 1881 noch viel weitergehende Pläne in Aussicht stellte, daß er den, der nur von seiner Hände Arbeit lebe, von allen direkten Steuern freizumachen wünschte und einerseits eine erhöhte Heranziehung des Kapitals forderte, andererseits den Tabak als ein sehr geeignetes Objekt um größere Mittel flüssig zu machen bezeichnete, vermehrte die Zahl der Freunde des Gesetzes auch nicht; es wurde an eine Kommission verwiesen, in der es nach einigen mißglückten Verständigungsversuchen mit Zustimmung der Regierung stecken blieb.

Der Volkswirtschaftsrat.

Einen weiteren Stein des Anstoßes bildete die Begründung des preussischen Volkswirtschaftsrates, den eine königliche Verordnung vom 17. November 1880 wie man von vornherein annahm als ein Gegengewicht, dessen sich Bismarck gegen die Volksvertretungen bedienen wollte, ins Leben rief. Die 75 Mitglieder desselben sollten teils auf Vorschlag der Handels- und Gewerbekammern und der landwirtschaftlichen Vereine teils nach freier Wahl der beteiligten Minister vom Könige ernannt werden; wie man nicht anders erwarten konnte, wurde dabei vor allem auf die Stellung der Kandidaten zu der ministeriellen Wirtschaftspolitik Rücksicht genommen. In der ersten Sitzung der Versammlung, die am 27. Januar 1881 vom Fürsten Bismarck selbst eröffnet wurde, betonte der Kanzler, daß er hoffe den preussischen zu einem deutschen Volkswirtschaftsrate zu erweitern, und legte ihm zwei Gesetzentwürfe vor, die für ganz Deutschland bestimmt waren. Der erste war ein Unfallversicherungsgesetz, welches eine Reichsversicherungsanstalt für alle industriellen Arbeiter begründete. Dieselben sollten bei Unfällen mit einer Rente, die bis auf zwei Drittel ihres Verdienstes stieg, entschädigt werden; die Versicherungsprämie war für Arbeiter, deren Einnahmen unter 750 Mark blieben, zu zwei Drittel von dem Betriebsunternehmer, zu einem Drittel von dem Landarmenverbande, für Arbeiter mit einer Einnahme von 750 bis 2000 Mark zur Hälfte von diesen selbst, zur anderen Hälfte von dem Betriebsunternehmer zu zahlen. Daß in der Heranziehung des Landarmenverbandes zur Beitragspflicht ein sozialistisches Element steckte, gaben die Motive halbwegs zu, meinten aber, dasselbe sei auch so schon in der Armengesetzgebung enthalten; für die Centralisierung der Versicherung durch das Reich machten sie vor allem geltend, daß ohne dieselbe keine Gewähr für die Erfüllung der Verpflichtungen zu gewinnen sei. Das zweite dem Volkswirtschaftsrate vorgelegte Gesetz änderte die Gewerbeordnung dahin ab, daß den Innungen erhöhte Befugnisse bezüglich des Lehrlingswesens und der Schiedsgerichte erteilt und eine größere Selbständigkeit eingeräumt würde; einen Übergang zu Zwangsinnungen schien die Bestimmung bilden zu sollen, daß solchen Innungen, die sich bewährt hätten, auch über Meister, die ihnen nicht

Unfallversicherung.

Gewerbeordnung.

begetreten
fugnis
letzte
größere
dem Unf
empfahl
bei einer
mit $\frac{2}{3}$
zwanges

Die
war noch
wurde u
am 5. M
rungen.
Arbeitern
von dem
bei gerin
geschriebe
gleich ge
ehe sie o
tages vie
Hoffnung
Neden i
Sinnlich
schrittsp
aber pop
er es lie
außerord
gebung
die Ein
der Gen
Wählern
meistens
„Berlin
der Han
berger r
Antwort
ging ein
zum Te
zu beein
sorge f
wegen
vollzieh
nach de
Hambur
richtete,

begetreten waren, gewisse Rechte eingeräumt und den letzteren die Befugnis Lehrlinge anzunehmen entzogen werden dürfe. Gerade diese letztere Bestimmung verwarf aber der Volkswirtschaftsrat, der überhaupt größere Selbständigkeit zeigte als man erwartet hatte; denn auch in dem Unfallgesetz mißbilligte er die Heranziehung der Armenverbände und empfahl für die Prämie nur die Arbeitgeber und die Arbeiter, und zwar bei einem Lohn unter 750 Mark mit $\frac{4}{5}$ bzw. $\frac{1}{5}$, bei einem höheren mit $\frac{2}{3}$ bzw. $\frac{1}{3}$ heranzuziehen. Die Prinzipien des Versicherungszwanges und der Reichsversicherungsanstalt dagegen bestätigte er.

Unfallversicherung.

Die Zustimmung des Bundesrates zu den beiden wichtigen Vorlagen war noch nicht erfolgt, als am 15. Februar 1881 der Reichstag eröffnet wurde und die Thronrede beide mit großem Nachdruck ankündigte; erst am 5. März genehmigte sie der Bundesrat mit mannigfachen Abänderungen. Die wichtigste war die Einschlebung einer dritten Klasse von Arbeitern mit 750—1000 Mark Verdienst, bei denen die Prämie zu $\frac{2}{3}$ von dem Unternehmer, zu $\frac{1}{3}$ von dem Arbeiter getragen werden sollte; bei geringerem Verdienste wurde dies ein Drittel dem Staate zur Last geschrieben, bei höherem die Prämie zwischen Unternehmer und Arbeiter gleich geteilt. Die große Bedeutung der Vorlage bewirkte, daß sie, schon ehe sie am 1. April zur ersten Lesung kam, die Debatten des Reichstages vielfach beherrschte. Bismarck schien von Anfang an keine große Hoffnung zu hegen sie beim ersten Anlauf durchzubringen, und wie seine Reden in dieser Session ausgesprochenemassen die Absicht verfolgten im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen die Gegner, besonders die Fortschrittspartei, in ein ungünstiges Licht zu stellen, die Ziele der Regierung aber populär zu machen, so trat er für den Staatssozialismus, oder wie er es lieber bezeichnete für das praktische Christentum der Vorlage, mit außerordentlicher Wärme ein. Nur als ein Anfang der sozialen Gesetzgebung sollte sie gelten; ihre Ausdehnung auf die ländlichen Arbeiter, die Einrichtung einer Alters- und Invalidenversorgung, die Befreiung der Gemeinden von den Armen-, Schul- und Polizeilasten stellte er den Wählern als lockende Verheißungen vor die Augen. Die Debatten waren meistens von ganz ungewöhnlicher Schärfe, und wie der Kanzler dem „Berliner Fortschrittsring“ und der angeblich schlechten Finanzverwaltung der Hauptstadt auf den Leib rückte, wie er gegen Lasker, Richter, Bamberger mit dem schwersten Geschütz loszog, so blieben auch diese ihm die Antwort in gleicher Tonart nicht schuldig. Durch alle Verhandlungen ging ein unerquicklicher Zug und auch die kleineren Vorlagen machten zum Teil den Eindruck, als ob sie wesentlich der Absicht die Wahlen zu beeinflussen entsprungen wären: so der Gesetzentwurf betr. die Fürsorge für die Wittwen und Waisen von Reichsbeamten, die Vorlage wegen Ermäßigung der Gerichtskosten und der Gebühren der Gerichtsvollzieher, die Anregung des Kanzlers die deutsche Rhederei staatlich nach dem Vorbilde Frankreichs zu unterstützen, wogegen übrigens die Hamburger Handelskammer sofort eine Denkschrift an den Reichstag richtete, in der sie ausführte, daß die Rhederei nichts anderes bedürfe

als freie Bewegung, eine Bemerkung, zu welcher das wieder vorgelegte und diesmal angenommene Küstenschiffahrtsgesetz den nächsten Anlaß gab. Den Hauptnachdruck legte der Kanzler aber natürlich auf die Gewinnung der Massen, deren Unterstützung er für sich als den „Anwalt des kleinen Mannes“ in Anspruch nahm, und für welche die Unfallversicherung doch immer die Hauptsache blieb. Da die Ultramontanen sich der letzteren nicht abgeneigt zeigten, gestand Bismarck ihnen eine bedeutsame Änderung der Vorlage zu, indem er die Ersetzung der Reichsversicherungsanstalt durch solche der Einzelstaaten zugab; außerdem strich aber die Kommissionmehrheit auch den Staatszuschuß zu den Prämien und legte diese ausnahmslos zu $\frac{2}{3}$ dem Unternehmer, zu $\frac{1}{3}$ dem Arbeiter auf, und darauf wollte der Kanzler schlechterdings nicht eingehen. Gleichwohl wurde in zweiter wie in dritter Lesung (am 15. Juni) dieser Beschluß von der Mehrheit festgehalten und das ganze Gesetz mit 145 gegen 108 Stimmen angenommen, worauf der Bundesrat es auf Antrag des Reichskanzlers ablehnte.

Sonstige Vorlagen.

Das Innungsgesetz wurde dagegen zum Abschluß gebracht; den liberalen Fraktionen gelang es die Bestimmung, wonach Meistern, die nicht zur Innung gehörten, das Annehmen von Lehrlingen untersagt werden konnte, zu Fall zu bringen; doch zögerte der Bundesrat nicht das Gesetz auch in dieser Form zu genehmigen.

Mißlungen waren die wichtigsten Steuervorlagen der Regierungen. Allerdings bewilligte die schutzzöllnerische Mehrheit mit Vergnügen einige Zollerhöhungen auf Mehl und frische Weintrauben, aber verworfen wurde von neuem die Brausteuer und auch die Wehrsteuer fiel glänzend durch; aus dem Stempelsteuergesetz aber wurde nur die Börsensteuer und die Steuer auf Lotterielose angenommen. Das Gesetz wegen Ermäßigung der Gerichtskosten ging durch. Unter den abgelehnten Vorlagen befand sich auch eine Forderung von 85 000 Mark behufs Erweiterung des preussischen zu einem deutschen Volkswirtschaftsrate und ein Antrag auf zweijährige Reichstagsessionen. Mit Recht sah die Mehrheit darin einen Versuch den Reichstag weiter in den Hintergrund zu schieben; auch hatte sie erhebliche sachliche Bedenken dagegen, daß der Reichshaushalt nur alle zwei Jahre beraten werden sollte; und wenn sich eine Mehrheit für den Vorschlag vierjähriger Legislaturperioden fand, so wünschte sie doch andererseits die jährliche Berufung des Reichstages zu einem bestimmten Termine, und zwar zum 15. Oktober, gesetzlich festzustellen, und darauf wollten sich Reichskanzler und Bundesrat durchaus nicht einlassen. Großes Aufsehen erregte eine Bemerkung des Kanzlers über die Verlegung des Reichstages in eine andere Stadt; doch hörte man nichts weiter von den gesetzgeberischen Schritten, die er in dieser Richtung angedeutet hatte, und betrachtete die Drohung lediglich als einen Ausfluß seiner Erbitterung gegen die hauptstädtische Verwaltung.

Ministerwechsel.

Alles Interesse konzentrierte sich nach Schluß des Reichstags so sehr auf die Verbreitung von Neuwahlen, daß einige Personenwechsel in den höchsten Stellungen wenig Beachtung fanden. Graf Stolberg trat

nämlich a
steriums
Herrn vo
und einig
ministeriu
hatte, üb
Minister
Bismarck
Zur Bee
nach mit
Erlaß ge
Gemeinde
Projekte
Kanal in
die Nord
Zuvalidi
Abolf W
rede zu
bestritten
bezeichne
den Bord
sechtere
Treue ge
greife, g
in lange
die er w
geburt u
teilung
direkten
Schwäch
Au
befunden
gegenkon
Baderbo
verstorbe
wählten
bestätigt
dessen v
ständig
Bischof
einem B
erkennun
Aufenth
Schlöze
schaft b
Die Be

nämlich am 17. Juni 1881 von dem Präsidium des preußischen Ministeriums und der Stellvertretung des Kanzlers zurück; die letztere wurde Herrn von Bötticher übertragen, das erstere dem jeweils ältesten Minister und einige Monate später dem Herrn von Puttkamer; das Kultusministerium, das dieser bis dahin neben dem des Inneren verwaltet hatte, übernahm der Präsident des letzten Reichstags, von Gofler; zum Minister des Äußeren wurde Graf Hatzfeld ernannt; Graf Wilhelm Bismarck wurde ständiger Hilfsarbeiter in der Kanzlei seines Vaters. Zur Beeinflussung der Wahlen traten die einzelnen Ressorts nach und nach mit Versprechungen hervor. Herr von Puttkamer hatte mit einem Erlaß gegen kostspielige Verbesserungen des Schulwesens zu Lasten der Gemeinden den Anfang gemacht; Maybach ließ bekannt werden, daß Projekte für den Nord-Ostsee-, den Rhein-Maas- und den Rhein-Elbe-Kanal in der Ausarbeitung begriffen seien; von seiten des Kanzlers stellte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung Vorlagen über Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung für den November in Aussicht, und Professor Adolf Wagner gab dazu mit Ermächtigung Bismarcks in einer Wahlrede zu Barmen die Erklärung, daß die Kosten aus dem Tabaksmonopol bestritten werden sollten, das er als das „Patrimonium der Ererbten“ bezeichnete. Sehr geflüffentlich wurde auch die Person des Kaisers in den Vordergrund geschoben; die Nordd. Allg. Zeitung nannte es Spiegelfechtereie, wenn man dem Volke vorrede, es könne unbeschadet seiner Treue gegen den Monarchen dessen Regierung bekämpfen: wer diese angreife, greife den Kaiser an. Die Provinzialkorrespondenz aber stellte in langer Reihe als Programm des Kanzlers die Schlagworte zusammen, die er während der Reichstagsession ausgegeben hatte: nationale Wiedergeburt und wirtschaftliche Selbständigkeit Deutschlands, gerechtere Verteilung der Steuerlasten, Ausbildung der indirekten, Verminderung der direkten Steuern, Entlastung der Gemeinden, Schutz der wirtschaftlich Schwächeren, praktisches Christentum u. s. w.

Auch eine starke Annäherung an die Kurie wurde für zweckmäßig befunden. Diese hatte schon zu Anfang des Jahres ein gewisses Entgegenkommen dadurch gezeigt, daß sie den Domkapiteln von Osnabrück, Baderborn, Fulda und Trier die Wahl von Verwesern an Stelle der verstorbenen Bischöfe gestattete; die von den erstgenannten Kapiteln gewählten Geistlichen wurden von der Regierung unter Dispens vom Eide bestätigt, nicht so der in Trier gewählte Domkapitular Lorenzi. Statt dessen verlautete nun Ende Juli, daß der Papst auf Grund einer Verständigung mit der Regierung den Erzpriester Korum in Straßburg zum Bischof von Trier ernannt habe; und in der That wurde demselben nach einem Besuche in Barzin und Berlin am 29. August die königliche Anerkennung erteilt. Im Zusammenhange mit diesen Vorgängen schien der Aufenthalt zu stehen, welchen der deutsche Gesandte in Washington, von Schlözer, der in den sechziger Jahren Sekretär der preußischen Gesandtschaft beim Vatikan gewesen war, im Juli in Rom genommen habe. Die Berichte über alte vertrauliche Beziehungen, die er dort wieder an-

Wahl-
bewegung.Annäherung
an Rom.

geknüpft, sollten für den Kanzler Anlaß gegeben haben ihn gleich nach seiner Rückkehr von Rom noch einmal dorthin zu senden, und bereits am 9. September konnten die offiziellen Blätter mitteilen, daß die Wiederherstellung der preußischen Gesandtschaft bei der Kurie beschlossen sei, während Bismarck doch noch im Jahre vorher Jacobini hatte mitteilen lassen, er werde auf diesen Vorschlag nicht zurückkommen, wenn man in Rom darin keinen Vorteil, für den ein Preis gezahlt werde, erblicke. Daneben zeigte sich die Regierung auch in anderen Fragen den ultramontanen Wünschen sehr gefällig; sie gestattete die Aufnahme neuer barmherziger Schwestern und genehmigte die Abhaltung von bisher verbotenen Prozessionen. Für Fulda verzögerte sich die Bestellung eines Verwesers nur, weil der Erstorene, Domherr Kopp in Hildesheim, sich zur Annahme nicht entschließen konnte; in Breslau bestätigte die Regierung sofort die nach dem Ableben des Fürstbischofs Förster im Oktober 1881 vollzogene Wahl des Weihbischofs Gleich. Unmittelbaren Einfluß auf die Haltung des Centrums während der Wahlagitation hatten alle diese Vorgänge nicht; allein der Kanzler mochte hoffen, daß die Partei nach der Wahl dadurch doch in einem Teile ihrer Mitglieder regierungsfreundlicher werden würde.

Noch geringer war die Wirkung der sozialistischen Versprechungen auf die Arbeiterkreise und ganz verunglückt der Versuch einige Überläufer, die sich als Staatssozialisten bezeichneten, in den Dienst der Regierung zu ziehen. Die christlich-soziale Partei Stöckers machte zwar in Berlin genug von sich reden, ließ aber auch keine große Hilfe erwarten, zumal die von ihr gleichzeitig betriebene Judenheße sich gerade jetzt als zweischneidig erwies und zu einem Bruch mit zahlreichen konservativen Elementen führte.

Antisemitismus.

Schon seit längerer Zeit waren mancher Orten die Anfänge einer jüdenfeindlichen Bewegung bemerklich geworden, ein beklagenswerter, aber nicht unbeschreiblicher Rückschlag gegen das mannigfach verletzende und schädigende Vordringen des Judentums in der Geschäftswelt und in der Presse; aber erst seit dem Jahre 1880 nahm die Agitation einen wirklich gehässigen Charakter an, besonders in Berlin, wo Stöcker sich an die Spitze stellte und eine Reihe minder bedeutender Männer mit ihm wetteiferten; der Angriff richtete sich mittelbar zugleich gegen die Fortschrittspartei, deren Einfluß in den städtischen Behörden gebrochen werden sollte. Freilich mißlang der erste Sturm bei den Stadtverordnetenwahlen im November völlig, aber die Judenheße dauerte auch nachher unvermindert fort und wurde selbst durch Männer wie Treitschke gefördert und sogar in die studentischen Kreise getragen. Um sie über ganz Deutschland zu verbreiten setzte man eine Petition an den Reichskanzler in Umlauf, welche denselben aufforderte die Einwanderung ausländischer Juden und die Beförderung von Juden zu obrigkeitlichen Stellungen, zum Richteramt und zu Lehrern thunlichst einzuschränken. Die Versicherung der Urheber, daß die Regierung ihren Wünschen geneigt sei, erwies sich freilich als eine Unwahrheit; denn auf eine Interpellation

Hänels e
rung nid
nisse in
die Deba
Juden n
besonders
die frühe
beispiel
Schmach
Ministeri
Reichskar
Viertelmi
mehreren
trawallen
sich zu ei
laßt fand
zu entschi
Für die
Bedeutun

Die
sammlung
war alle
werde nic
daß die
liberalen
und politi
der Korn
langten,
einer Be
treibunge
die Gro
rungen r
politik di
haftes Li
daß diese
beeinfluß
Handels
den Kam
Verkehrs
die rüge
regeln v

Der
nicht sich
Von der
Centrum
liberalen
Bulle,

Hänels erklärte Graf Stolberg am 20. November 1880, daß die Regierung nicht beabsichtige die bestehende Gleichberechtigung aller Bekenntnisse in staatsbürgerlicher Beziehung zu ändern. Im übrigen aber gab die Debatte trauriges Zeugnis, wie weit verbreitet der Haß gegen die Juden war, und die stürmischen Volksversammlungen, deren Schauplatz besonders Berlin wurde, überboten an Roheit und Leidenschaft selbst die früheren Sozialistenversammlungen. Gegenteilige Kundgebungen, wie beispielsweise die Äußerung des Kronprinzen, daß diese Judenheze eine Schmach für Deutschland sei, oder ein warnender Erlaß des bayerischen Ministeriums machten wenig Eindruck, und im April 1881 konnte dem Reichskanzler wirklich eine Petition übergeben werden, die mehr als eine Viertelmillion Unterschriften trug. Trauriger noch war es, daß es in mehreren Orten Pommerns und Westpreußens zu förmlichen Straßentravallen und Thätlichkeiten gegen die Juden kam, durch die Puttkamer sich zu einem scharfen Erlaß gegen die Vorträge der Agitatoren veranlaßt fand und selbst ein so konservativer Mann wie Professor Wagner zu entschiedenen Protesten gegen diese wüsten Hezereien bewogen wurde. Für die Reichstagswahlen hatte die Agitation dadurch jede praktische Bedeutung verloren.

Die Kundgebungen der einzelnen Parteien in Programmen und Versammlungen boten kaum wesentlich neue Gesichtspunkte; bemerkenswert war allenfalls, daß Windthorst nachdrücklich erklärte, das Centrum werde nicht eher abrüsten, als bis den Katholiken ihr volles Recht werde; daß die Nationalliberalen ein festes Zusammenstehen mit den anderen liberalen Richtungen gegen das immer engere Bündnis der kirchlichen und politischen Reaktion versprachen und daß die Agrarier die Erhöhung der Korn- und Vieh-, die Einführung der Flachs- und Wollzölle verlangten, während die „Sozialreformer“ sich schon bis zu dem Gedanken einer Verstaatlichung des Getreidehandels aufschwangen. Diese Übertreibungen mußten der Sache der Regierung umsomehr schaden, als die Großindustriellen schon von den Alters- und Invaliditätsversicherungen nichts hören wollten und als der Segen der neuen Schutzollpolitik durch die Berichte fast aller Handelskammern in ein sehr zweifelhaftes Licht gerückt wurde. Fürst Bismarck war freilich davon überzeugt, daß diese ungünstigen Darstellungen durch parteiische Voreingenommenheit beeinflusst seien, und begann in seiner schneidigen Weise als preußischer Handelsminister einen förmlichen Feldzug gegen die nachteilig berichtenden Kammern; allein da im großen und ganzen ein Aufschwung des Verkehrs doch schlechterdings nicht konstatiert werden konnte, so waren die rügenden Erlasse und die von gedrohten Auflösungen doch Maßregeln von sehr zweifelhafter Wirksamkeit.

Der Ausfall der Wahlen am 29. Oktober ließ das Ergebnis noch nicht sicher übersehen, da nicht weniger als 97 Stichwahlen bevorstanden. Von den abgegebenen Stimmen hatten (in Tausenden) erhalten: das Centrum 1180, die Konservativen 830, der Fortschritt 650, die Nationalliberalen 640, die Sezessionisten 410, die Freikonservativen 380, die

Partei-
programme.

Die Wahlen.

Sozialisten 310, Liberale ohne nähere Bezeichnung 120, die Volkspartei 100. Mit Einschluß der Stichwahlen erhielt das Centrum 98 Sitze, die Konservativen 49, die Freikonservativen 27, der Fortschritt 58, die Sezession 47, die Nationalliberalen 45, die Volkspartei 8, die Sozialisten 12, die Polen 18, die Elsäßer 15, die Welfen 9. Das hervorragendste Merkmal der Wahlen war die starke Verminderung der Freikonservativen und Nationalliberalen, auf deren Kosten, allerdings vielfach erst durch Bündnisse bei den Stichwahlen, meist die entschieden Liberalen gesiegt hatten. Für die innere Politik des Kanzlers war das Ergebnis ohne Zweifel eine Niederlage.

Bismarcks
Politik.

Dennoch war dieser entschlossen nicht von seinem Programm abzulassen: chronische Krankheiten, so äußerte er, forderten Zeit und Geduld zur Heilung. Vorübergehend hegte er wohl den Gedanken sich selbst auf die auswärtige Politik zurückzuziehen und dem Kaiser die Ernennung des ultramontanen Freiherrn von Franckenstein zum Vizekanzler vorzuschlagen, damit dieser mit einer ultramontan-konservativen Majorität die begonnene schutzöllnerisch-staatssozialistische Politik fortsetze. Allein ob nun der Kaiser dazu seine Zustimmung verweigerte, ob die Voraussicht, daß die Freikonservativen für eine solche Mehrheit nicht zu haben sein würden, das Projekt beseitigte: jedenfalls blieb es unausgeführt. Die Entschlossenheit des Kanzlers aber auf der bisherigen Bahn weiterzugehen sollte dem Reichstage bei seinem Zusammentritt am 17. November 1881 in besonders nachdrücklicher Form kundgegeben werden.

Die kaiserliche
Botschaft.

Statt der Thronrede verlas Bismarck eine kaiserliche Botschaft, in welcher der Monarch persönlich für die Arbeiterversicherungspläne und die Steuerreform eintrat und als den sichersten Weg zu ihrer Durchführung das Tabakmonopol bezeichnete. Vor Gott und Menschen hatte er sich zur Anregung dieser Reformen verpflichtet, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Erfolg, und wenn sie gelängen, werde er mit um so größerer Befriedigung auf seine durch Gott sichtlich gesegnete Regierung zurückblicken. Zu erreichen waren diese Pläne aber doch nur mit Hilfe des Centrum; dieses sich fest zu verbünden mußte deshalb das Ziel der Regierung und der Konservativen sein. Ohne Schwierigkeit vereinigte man sich über die Wahl des konservativen von Levetzow zum Präsidenten, des ultramontanen von Franckenstein zum ersten Vizepräsidenten und brachte beide gegen Stauffenberg und Benda durch; dem letzteren war das zweite Vizepräsidium zugeeignet; da aber die Nationalliberalen in das ultramontan-konservative Bündnis einzutreten verschmähten, lehnte derselbe ab und wurde durch den konservativen Ackermann ersetzt. Bismarck that alles, was an ihm lag, um das konservativ-ultramontane Bündnis zu festigen. In den Debatten Ende November überschüttete er die ewig verneinende, nach der Republik hindrängende Fortschrittspartei, die eher Hemmschuhpartei zu heißen verdiene, mit den heftigsten Vorwürfen und versicherte, wenn er durch die Verschiebung in den liberalen Parteien, die ihm einst beigestanden hätten, vor die Wahl gestellt werde sich dem Centrum oder der Fortschrittspartei

Bündnis des
Centrums und
der Konser-
vativen.

zu näher
Daß der
nach Ver
nach Fu
anerkan
Kurie de
Kanzler
wohl ge
Nordb.
aber sch
selbst er
diese Wo
die Nati
sie schlo
2. Dezer
alle wic
Beratun
entschied
in einer
daß die
Augenid
diese W
Bismarck
auf das
reichte d
vom 4.
verfassu
vom K
Monarch
Reiche
beeinträ
lichen V
auch an
sämtlich
destens
regung
erregten
gegen d
durch d
mäßige
Bekämp
berg u
Ne
sehr in
wegen
zuarbei

zu nähern, so wähle er aus staatsmännischen Gründen das Centrum. Daß der König von Italien von Wien aus Ende Oktober nicht auch nach Berlin kam, daß offiziöse Blätter von der Übersiedelung des Papstes nach Fulda sprachen, daß der Domherr Kopp als Bischof von Fulda anerkannt wurde, daß in Rom selbst der Legationsrat Busch mit der Kurie verhandelte, waren alles Zeichen der Beflissenheit, mit welcher der Kanzler den Ultramontanismus zu versöhnen suchte. Dabei hätte er wohl gern die Mehrheit desselben von Windthorst abgedrängt, und die Nordd. Allg. Zeitung machte einen heftigen Angriff auf den letzteren; aber schnell sah man ein, daß dieser Versuch mißlinge, und Windthorst selbst erleichterte das Einlenken. Die liberalen Parteien wurden durch diese Vorgänge zum engeren Zusammenschlusse gedrängt; Bennigsen und die Nationalliberalen suchten zwar ihre Selbständigkeit zu hüten, aber sie schlossen doch mit den Sezessionisten und der Fortschrittspartei am 2. Dezember ein Kartell, nach welchem die drei Fraktionen sich über alle wichtigeren Fragen verständigen wollten und sogleich gemeinsame Beratungen über einen Antrag in der Unfallgesetzfrage eröffneten. Sehr entschieden trat Bennigsen persönlich auch Buttkamer entgegen, als dieser in einer Debatte über die Wahlbeeinflussung durch die Beamten erklärte, daß dieselben sich dadurch den Dank des Kaisers erworben hätten. Augenscheinlich lag ein planmäßig befolgtes System darin, daß auf diese Weise wie in der Eröffnungsbotschaft und in mehreren Reden Bismarcks die Person des Monarchen mit den Maßregeln der Regierung auf das engste in Verbindung gesetzt wurde. Seinen Gipfelpunkt erreichte dasselbe in einem Erlaß des Königs an das Staatsministerium vom 4. Januar 1882, in welchem scharf betont wurde, daß trotz der verfassungsmäßigen Gegenzeichnung eines Ministers die Regierungsakte vom Könige ausgingen und daß jeder Anzweiflung des Rechtes des Monarchen zur persönlichen Leitung der Politik in Preußen wie im Reiche stets widersprochen werden solle. Die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen liege dem Könige fern; aber für die politisch verantwortlichen Beamten erstrecke sich die durch den Diensteid beschworene Pflicht auch auf die Vertretung der Regierungspolitik bei den Wahlen und sämtliche Beamte hätten sich im Hinblick auf ihren Treueid dabei mindestens jeder Agitation gegen die Regierung zu enthalten. Auf Anregung Hänel's wurde dieser Erlaß am 24. Januar Gegenstand einer erregten Diskussion, in der Bismarck sich in leidenschaftlicher Aufwallung gegen diejenigen richtete, die ihn der Feigheit beschuldigten, weil er sich durch die Person des Königs zu decken suche, sachlich aber die pflichtmäßige Vertretung der Regierungspolitik durch die Beamten auf die Bekämpfung von Unwahrheiten u. dgl. beschränkte, so daß auch Stauffenberg und Bennigsen sich mit dieser Auslegung einverstanden erklärten.

Neben derartigen Debatten traten die großen sozialen Aufgaben sehr in den Hintergrund. Der Bundesrat machte nur eine Vorlage wegen Aufnahme einer Berufsstatistik, die als Basis für die noch ausarbeitenden Gesetzentwürfe dienen sollte und die ohne wesentliche

Zusammen-
schluß der libe-
ralen Parteien.

Wahlbeein-
flussung.

Soziale
Fragen.

Debatten genehmigt wurde. Dagegen gab eine Interpellation des ultramontanen Freiherrn von Hertling und der von den drei liberalen Fraktionen vereinbarte Entwurf eines Unfallversicherungsgegesetzes zu lebhaften Verhandlungen Anlaß. Bei der ersten Debatte am 9. Januar 1882 billigte der Kanzler das Bestreben des Interpellanten die Sonntag- und Frauenarbeit zu beschränken und zu einem Normalarbeitstage zu gelangen, machte aber doch auch die wirtschaftlichen Bedenken, die zu erwägen seien, geltend und stellte für den April ein neues Unfallgesetz auf korporativer Grundlage in Aussicht. An der Verhandlung über den Entwurf der Liberalen beteiligte er sich nicht. Die Grundlage desselben bildete auch der Versicherungszwang, aber es war die Wahl irgend einer privaten Versicherungsgesellschaft freigelassen; die Prämie sollte lediglich dem Unternehmer zur Last fallen, wogegen der Centralvorstand der Industriellen sofort protestierte; zur Überwachung und Vermittlung sollte der Staat Unfallkommissionen einsetzen und die Anzeigepflicht vorschreiben. Der Entwurf wurde an eine Kommission verwiesen und blieb dort liegen, da der Reichstag wenige Tage später, am 30. Januar, nach Bewilligung des Budgets vertagt wurde.

Kirchliche
Fragen.

Mit der Eröffnung des preussischen Landtags am 14. Januar 1882 waren inzwischen die kirchenpolitischen Fragen wieder in den Vordergrund getreten. Gleichsam als Vorspiel hatte eine Reichstagsversammlung vom 11. und 12. Januar gedient, in der ein Antrag Windthorst's auf Abschaffung des Gesetzes vom 4. Mai 1874 betr. die unbefugte Ausübung von Kirchenämtern mit 233 gegen 115 Stimmen angenommen war; die Mehrheit der Konservativen und der Fortschrittspartei hatten mit dem Centrum gestimmt. Dem Landtage wurde nun ein Gesetz vorgelegt, welches die Wiedereinsetzung der abgesetzten Bischöfe gestattete und die am 1. Januar erloschenen Vollmachten des Zulagegesetzes von 1880 erneuerte; außerdem wurde die damals verweigerte Befugnis von den Bestimmungen über die Vorbildung der Geistlichen zu dispensieren von neuem verlangt, das Einspruchsrecht des Staates gegen Anstellungen enger begrenzt und die Zulassung von Hilfsgeistlichen ohne vorherige Anzeige für bestimmte Bezirke widerruflich gestattet. Die beiden letzten Punkte bekämpfte das Centrum auf das entschiedenste, weil es durch die Annahme die Anzeigepflicht und das Einspruchsrecht anerkannt haben würde; auch die Bemühungen Schölzers, der seit Anfang Februar wieder in Rom war und die Zustimmung der Kurie zu diesen Punkten zu gewinnen suchte, waren vergeblich. Das ganze Gesetz würde daher gescheitert sein, wenn die Konservativen ein Kompromiß mit dem Centrum verweigert hätten; allein nach langen Verhandlungen kam dasselbe am 29. März zustande. Die streitigen Punkte wurden weggelassen und dafür die Aufhebung des Kultusexamens und der sog. Staatspfarrer eingefügt; der Bischofsparagraph blieb und die diskretionären Befugnisse wurden bis zum 1. April 1883 oder in Anbequemung an einen Beschluß des Herrenhauses, bis dahin 1884 erneuert. Die endgültige Annahme erfolgte am 4. Mai 1882. In der Zwischenzeit waren die Bischofsstühle

in Osn
und Kur
Alle
die Unt
sonders
Verwend
Zwecke
und eine
missions
tage han
schon an
rat vorg
lebten,
die Jah
schuß al
wirtschaft
im Plen
verworfe
dem Re
10.—13
lehnen
die Ber
131 Sti
gewann
auch kan
einmal
effekt de
auf den
Fraktion
finsterun
trotz des
Unfruch
wünsche
sozialpo
Paragrap
Stimme
Resoluti
von and
war sch
Beseitig
gebliebe
Reichste
Nä
Unfallg
war. I
Arbeiter

in Osnabrück, Paderborn und Breslau nach Verständigung zwischen Staat und Kurie mit den Herren Höting, Drobe und Herzog neu besetzt worden.

Als Gegenleistung erwartete die Regierung nun von dem Centrum die Unterstützung ihrer wirtschaftlichen Vorlagen im Reichstag. Besonders günstig waren die Aussichten dazu aber nicht, da ein zweites Verwendungsgesetz, das dem Landtage vorgelegt war und das als neue Zwecke der zu erwartenden Gelder die Deckung der Gemeindefullasten und eine Aufbesserung der Beamtenbesoldungen hinstellte, ohne Kommissionsberatung vom Abgeordnetenhaus abgelehnt wurde. Im Reichstage handelte es sich zunächst besonders um das Tabaksmonopol, das schon am 28. Februar dem wiederberufenen preussischen Volkswirtschaftsrat vorgelegt war. Als Entschädigung derer, die vom Tabaksgewerbe lebten, war eine Summe von 234 Millionen in Aussicht genommen; die Jahreseinnahme wurde auf 347, die Ausgabe auf 282, der Überschuß also auf 165 Millionen veranschlagt. In dem Ausschusse des Volkswirtschaftsrates wurde das Projekt mit 16 gegen 9 Stimmen angenommen, im Plenum aber zum großen Jubel der Gegner mit 33 gegen 31 Stimmen verworfen. Dadurch ließ sich Bismarck jedoch nicht abhalten es doch dem Reichstage vorzulegen. Aber schon bei der ersten Lesung vom 10.—13. Mai wurde es klar, daß das Centrum auch jetzt seine ablehnende Haltung bewahrte; ein Teil der Liberalen stimmte sogar gegen die Verweisung an eine Kommission, die aber doch mit 161 gegen 131 Stimmen beschlossen wurde. Die zweite Lesung vom 12.—15. Juni gewann durch die Teilnahme Bismarcks ein erhöhtes Interesse; war es auch kaum möglich sachlich Neues vorzubringen, so faßte er doch noch einmal seine ganze Politik in einer großen Rede zusammen, deren Schlußeffekt der war, daß seine Hoffnung für die Zukunft Deutschlands jetzt auf den Dynastien beruhe, daß der Reichstag in den Marasmus der Fraktionskrankheit verfallen und der nationale Gedanken in der Verfinsternung begriffen sei. Bennigsen hob demgegenüber hervor, daß man trotz des Scheiterns der finanzpolitischen Pläne doch nicht von einer Unfruchtbarkeit der parlamentarischen Arbeiten reden könne, daß es aber wünschenswert sei die Ziele zu begrenzen und sich zunächst auf die sozialpolitischen Aufgaben zu beschränken. Die Ablehnung des ersten Paragraphen der Monopolvorlage erfolgte denn mit 276 gegen 43 Stimmen; mit 155 gegen 150 wurde auf Antrag Bennigsens eine Resolution auch gegen eine höhere Tabaksteuer gefaßt. Eine Reihe von anderweitigen Zollerhöhungen, die der Bundesrat beantragt hatte, war schon am 7. Juni abgelehnt und ein freihändlerischer Antrag auf Beseitigung des Schmalzsolles nur mit 9 Stimmen in der Minderheit geblieben. Augenscheinlich hatten die Bismarckschen Ideale in diesem Reichstag also wenig Aussicht verwirklicht zu werden.

Nächst dem Tabaksmonopol war das wichtigste derselben das neue Unfallgesetz, das gleichfalls vorher dem Volkswirtschaftsrat vorgelegt war. Für das erste Vierteljahr der Erwerbsunfähigkeit verwies es die Arbeiter an die Krankenversicherung, die deshalb auch durch eine be-

Tabaks-
monopol.

Unfallgesetz.

sondere Vorlage neu geregelt werden sollte; nach dem verschiedenen Maße der Gefährlichkeit ihrer Betriebe sollten alle Unternehmer zu Genossenschaften zusammentreten, deren jede eine Unfallversicherung mit finanzieller Beihilfe des Reiches einzurichten hatte; die Auszahlung der Entschädigungen war der Post überwiesen, die den dritten Teil derselben vom Reich zurückerstattet bekam; von einer Beitragspflicht der Arbeiter war gänzlich abgesehen. Der Volkswirtschaftsrat hatte manche Abänderungen und besonders die Ausdehnung auf die ländlichen Arbeiter empfohlen. Darauf ging der Kanzler jedoch nicht ein, änderte vielmehr den Entwurf, ehe er ihn an den Bundesrat gelangen ließ, noch in einigen wichtigen Punkten abweichend von den Vorschlägen des Volkswirtschaftsrates ab, indem er beispielsweise den Zuschuß des Reiches von $\frac{1}{3}$ auf $\frac{1}{4}$ verminderte, und brachte ihn so nach erhaltener Genehmigung des Bundesrates an den Reichstag. Dieser verwies ihn am 16. Mai an eine Kommission, deren Bericht aber am 16. Juni, als die Session bis zum 30. November vertagt wurde, noch nicht vorlag.

Preussische
Landtags-
wahlen.

Da im Herbst 1882 Neuwahlen zum preussischen Landtage stattfinden mußten, wurde der Sommer vorzugsweise durch die Vorbereitungen dazu ausgefüllt. Die wichtigste Frage war, ob die Liberalen sich untereinander bekämpfen oder gemeinsam vorgehen würden. Bennigsen hatte sich warm in letzterem Sinne ausgesprochen, die Sezession trachtete programmäßig nach der Vereinigung aller Liberalen, Hänel von der Fortschrittspartei begrüßte Bennigsens Entgegenkommen mit freudiger Zustimmung; allein Eugen Richter mit dem linken Flügel der Fortschrittspartei wies die Verständigung zurück und auch der rechte Flügel der Nationalliberalen erklärte sich durch von Cynern dagegen. Die Ultramontanen waren überall bereit konservative und Fortschrittler, die ihren Kulturkampforderungen zustimmten, zu unterstützen, während sie unbedingt alle nationalliberalen und freikonservativen Kandidaten bekämpften. Dagegen begünstigten die Regierungsblätter augenfällig den Gedanken einer Mittelpartei und schienen ihr Vertrauen auf das Zusammenwirken des Centrums mit den Konservativen gänzlich verloren zu haben. Außer der ablehnenden Haltung der Ultramontanen in der letzten Reichstagsession trug dazu wohl auch das Stocken der Verhandlungen zwischen Schölzer und Jacobini, sowie das unerwartet schroffe Auftreten des neuen Fürstbischöfs von Breslau bei, der nicht allein die Staatspfarrer zur Niederlegung ihres Amtes aufforderte, sondern sogar den alten Wischehenstreit wieder erneuerte. Da er jedoch schnell nachgab und Bismarck im übrigen durch seine persönlichen Kundgebungen besonders durch Briefe und Telegramme an sog. Bauernvereine, kräftig für konservative Wahlen eintrat, so hatte die Mittelpartei nicht viel Hoffnungen. Die Wahl selbst machte sie vollends zu nichts, zeigte aber auch, daß Richters schroffes Auftreten, das schon während der letzten Session bei vielen Mitgliedern der Fortschrittspartei Widerspruch gefunden hatte, den Interessen der Partei nicht dienlich gewesen war. Die einzigen Gewinner waren die Konservativen, und zwar hauptsächlich auf

Kosten d
stand m
der Kan
zweideut
rate b
Schwein
ließ sich
der Maß
nicht, de
zu begü
ganz oh
Trichine
willig a
Die glei
sich in
während
1882 er
außer
Schwan
Bitter (C
schaftsfe
amt B
sollte V
und S
Gesetze
Stufen
bewirkte
(Lizenzf
geschlag
Auch d
Haush
zu find
Zwecke
im leht
auf ein
litt. A
hoben
die vor
wußte,
Ausful
alteten
als th
worden
schäfte
Überpr
Denno

Kosten der Nationalliberalen, während alle übrigen Parteien ihren Bestand mit geringfügigen Schwankungen aufrecht erhielten. Wie wenig der Kanzler an eine Änderung seiner Politik dachte, zeigten bald unzweideutige Thatsachen. Am meisten Aufsehen erregte das beim Bundesrat beantragte Verbot der Einfuhr von amerikanischem Speck und Schweinefleisch. Wurde es auch mit der Trichinengefahr begründet, so ließ sich doch leicht erweisen, daß diese zu der wirtschaftlichen Tragweite der Maßregel in gar keinem Verhältnis stehe, und man zweifelte deshalb nicht, daß der wahre Grund in dem Wunsche die deutsche Schweinezucht zu begünstigen zu suchen sei. Die Einwendungen der Liberalen blieben ganz ohne Erfolg; Bismarck hatte nur Spott für diese Versuche „die Trichine des armen Mannes“ zu schützen und der Bundesrat gab bereitwillig am 21. Februar 1883 seine Zustimmung zu dem Einfuhrverbot. Die gleiche Tendenz zur Begünstigung der agrarischen Interessen zeigte sich in der Ankündigung eines Antrages auf Erhöhung der Holzzölle, während die Thronrede, mit welcher der Landtag am 14. November 1882 eröffnet wurde, die Fortsetzung der bisherigen Steuerreformpolitik außer Zweifel stellte. Nur in der zu befolgenden Taktik war eine Schwankung eingetreten, die wohl auch den Rücktritt des Finanzministers Bitter (am 28. Juni) und seine Ersetzung durch den bisherigen Reichsschatzsekretär von Scholz, an dessen Stelle der Direktor im Reichsschatzamt Burchard trat, veranlaßt hatte. Von einem Verwendungsgesetz sollte Abstand genommen, dagegen die Verminderung der Kommunal- und Schullasten, die Erhöhung der Beamtenbesoldungen durch besondere Gesetze festgestellt und die sofortige völlige Aufhebung der vier untersten Stufen der Klassensteuer beschlossen werden. Zur Deckung des dadurch bewirkten Ausfalles von etwa 15 Millionen wurde eine Gewerbesteuer (Lizenzsteuer) für den Handel mit Tabak und geistigen Getränken vorgeschlagen, deren Ertrag der Minister auf 14 Millionen veranschlagte. Auch dann aber blieb noch ein erhebliches Defizit in dem nächstjährigen Haushalt, für das nur in weiteren Zuwendungen des Reiches Deckung zu finden war. Die Konservativen richteten ihr Augenmerk zu diesem Zwecke auf eine prozentuale Börsensteuer, die Wedell-Malschow schon im letzten Reichstage befürwortet hatte; die Liberalen dagegen drangen auf eine Reform der Rübenzuckersteuer, die an einem doppelten Mangel litt. Da sie nämlich nach dem Quantum der verarbeiteten Rüben erhoben wurde, so blieb sie bei der fortschreitenden Entwicklung der Technik, die von Jahr zu Jahr mehr Zucker aus dem Centner Rüben zu gewinnen wußte, hinter dem beabsichtigten Ertrage immer mehr zurück; bei der Ausfuhr des Zuckers aber wurde die Rübensteuer nach demselben veralteten Satze zurückvergütet, d. h. eine viel größere Summe erstattet, als thatsächlich für den exportierten Zucker an Rübensteuer gezahlt worden war. Infolgedessen machten die Zuckersabriken glänzende Geschäfte, mehrten sich aber auch in solchem Maße, daß eine ungeheure Überproduktion die Folge war und eine Katastrophe befürchtet wurde. Dennoch war der Kanzler nicht geneigt hier die bessernde Hand anzu-

Einfuhrverbot
von amerikani-
ischem Speck.Minister-
wechsel.

Steuerreform.

Zuckersteuer.

legen, weil er meinte, die Landwirtschaft sei in allen anderen Beziehungen so schwer belastet, daß man ihr in diesem einen Punkte die Bevorzugung nicht rauben dürfe; nur eine geringe Verminderung der Ausfuhrvergütung um 40 Pfennig gestand er zu und empfahl im übrigen die Einsetzung einer Enquetekommission; unverändert aber hielt er daran fest, daß der Tabak noch mehr „bluten“ müsse, und da die Aussichten für das Monopol nicht besser geworden waren, faßte er eine Steuererhöhung ins Auge, die 93 $\frac{1}{2}$ Millionen bringen sollte. So standen also für Reichstag und Landtag wieder umfangreiche finanzpolitische Verhandlungen in Aussicht, denen gegenüber die Arbeiterversicherungsfrage ganz in den Hintergrund zu treten schien. Im Landtage wurde die Lizenzsteuer abgelehnt und die gänzliche Aufhebung der Klassensteuer nur für die zwei, nicht für die vier untersten Stufen (bis zu 900 Mark Einnahme) beschlossen, während die Einkommen von 900—3000 Mark um drei Monatsraten, die bis 3600 um zwei, die bis 4200 um eine erleichtert wurden. Damit verband die Mehrheit am 3. März 1883 eine Reihe von Resolutionen, welche eine Erleichterung der Steuerpflichtigen mit einem Jahreseinkommen bis 6000 Mark und gleichzeitig eine höhere Besteuerung des Einkommens aus Kapitalvermögen empfahlen. Im Reichstage wurde der Wedellsche Antrag auf eine prozentuale Börsensteuer nach langen Verhandlungen von der Kommission verworfen; die Holzzölle wären beinahe schon in der ersten Lesung gefallen, nur mit einer Stimme Mehrheit wurden sie am 3. April an eine Kommission verwiesen, am 8. Mai aber endgültig mit 177 gegen 50 Stimmen abgelehnt. Glücklicher war die Vorlage wegen der Zuckerelexportvergütung: obgleich die Herabsetzung nicht als genügend anerkannt wurde, nahm eine große Mehrheit die Bundesratsvorlage doch am 7. Juni für die Dauer von zwei Jahren an. Die angekündigte Erhöhung der Tabaksteuer wurde in dieser Session nicht eingebracht.

Klassensteuer.

Gewerbeordnung.

Krankenversicherung.

Von den sozialpolitischen Vorlagen wurde eine Novelle zur Gewerbeordnung nach langwierigen Debatten am 2. Juni mit 160 gegen 127 Stimmen angenommen. Sie enthielt wesentliche Beschränkungen für den Gewerbebetrieb der Wirte, Theaterunternehmer, Kolportagebuchhändler, Hausierer u. s. f., doch waren manche rückläufige Anträge der Konservativen wie die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher oder das ausschließliche Recht der Innungsmeister Lehrlinge zu halten verworfen worden. Auch das Krankenversicherungsgesetz wurde zustande gebracht. Die Kommission hatte dasselbe in mehr als 50 Sitzungen beraten und ihren Entwurf mit 18 gegen 2 Stimmen dem Plenum empfohlen. Die Geltung des Gesetzes war von ihr erheblich ausgedehnt, insbesondere auch auf die ländlichen Arbeiter. Da die Regierung dem aber nachdrücklich widersprach, so strich die Mehrheit in der dritten Lesung diese Bestimmung wieder. Im übrigen wurde der Gesetzentwurf nur geringen Abänderungen unterworfen, die Einführung aber bis zum 1. Dezember 1884 hinausgeschoben. Die Annahme erfolgte am 31. Mai mit 216 gegen 99 Stimmen.

Mit
Verhandl
Vorwurf
schaft vo
es erfülle
jezt nich
wenigsten
Winterje
sicherung
sein Ver
der bewä
tigen Vo

Der
eingebrac
blickte di
einzufüh
das Stat
forderun
von der
getanfä
darüber
mehr sei
vorschieb
den ganz
mit 105
es denn
keine Ver
Vorsitz
Verfahre
um desse
Der Erf
dung de
nachdem
sodort se
der imm
den Lib
unmöglich
Die
sich nich
Es war
beamten
sich ver
saß zur
zur Tra
deutschla
ab, und

Mit dem Unfallgesetz war die Kommission angesichts der schwierigen Verhandlungen über die Krankenkassen nicht weit gekommen. Einen Vorwurf konnte man ihr daraus nicht machen, und eine kaiserliche Botschaft vom 14. April erkannte ausdrücklich ihre ernste Arbeit an. Aber es erfülle, fuhr sie fort, den Kaiser mit Sorge, daß die Unfallversicherung jetzt nicht weiter gefördert werden könne, er wünsche deshalb, daß wenigstens der Etat für 1884/85 jetzt noch erledigt werde, damit die Winteression für die Unfall-, sowie für Alters- und Invaliditätsversicherung frei gemacht werde; unter Hinweis auf sein hohes Alter und sein Verlangen die Lage der Arbeiter zu bessern erwartete er daher von der bewährten Treue des Reichstages die baldige Erledigung der wichtigen Vorlagen.

Der Etat für 1884/85 war bereits gleichzeitig mit dem für 1883/84 eingebracht worden; da die Mehrheit darin aber nur den Versuch erblickte die abgelehnte zweijährige Statsberatung auf einem Umwege doch einzuführen, hatte sie sich auf die Beratung nicht eingelassen; jetzt, wo das Statsjahr 1883/84 bereits begonnen hatte, konnte sie sich der Aufforderung formell nicht mehr entziehen. Gleichwohl war man einerseits von der Unzweckmäßigkeit schon jetzt, vor der Ernte, die zahlreiche Budgetansätze beeinflussen mußte, den Etat festzustellen, teils von Unwillen darüber durchdrungen, daß der Kanzler, wie Richter sich ausdrückte, je mehr sein eigener Stern erlasse, umso mehr die Person des Kaisers vorschleibe; und so verfiel man auf den Ausweg nach der ersten Lesung den ganzen Etat an die Budgetkommission zu verweisen, was am 7. Mai mit 105 gegen 97 Stimmen beschlossen wurde. Die Kommission empfand es denn aber doch als Pflicht der Rücksicht gegen den Kaiser sich in keine Verschleppung einzulassen und förderte ihre Arbeit unter Bennigsen's Vorsitz nach Kräften; allein, überzeugt von der Unzweckmäßigkeit dieses Verfahrens, machte der letztere doch noch einen Versuch bei Bismarck um dessen Zustimmung zur Verschiebung der zweiten Lesung zu erlangen. Der Erfolg dieser Besprechung war im Gegenteil eine völlige Entfremdung der beiden Männer, die so viel zusammen gewirkt hatten, und nachdem die zweite Lesung am 11. Juni beendet war, legte Bennigsen sofort seine Mandate zum Reichstage und Abgeordnetenhaus nieder, weil der immer schärfere Gegensatz zur Regierung und die Spaltung unter den Liberalen ihm eine erfolgreiche Thätigkeit in versöhnlichem Sinne unmöglich mache.

Diese Unmöglichkeit hatte sich gerade in diesen Tagen in einer an sich nicht übermäßig wichtigen Frage von neuem wieder herausgestellt. Es waren dem Reichstage Vorlagen über die Pensionierung der Reichsbeamten und der Offiziere gemacht worden; über die erstere hatte man sich verständigt, bei der zweiten wollte die Opposition aber den Grundsatzzur Anerkennung bringen, daß die Offiziere auch in Norddeutschland zur Tragung der Kommunalsteuern verpflichtet seien, wie das in Süddeutschland anerkannt war. Darauf einzugehen lehnte der Kriegsminister ab, und der Vermittelungsvorschlag Bennigsen's die Steuerfreiheit des

Unfallgesetz.

Das Statsgesetz.

Bennigsen's Rücktritt.

Kommunalsteuerpflicht der Offiziere.

Gehaltes, aber die Steuerpflicht des Privatvermögens festzusetzen wurde gleichfalls verworfen; ja der Bundesrat zog auch das Beamtenpensionsgesetz zurück, weil es unbillig sei, wenn dessen günstigere Bestimmungen nicht zugleich für das Militär in Kraft träten. Im Laufe der Verhandlungen über diesen Gegenstand waren der Kriegs- und bald darauf auch der Marineminister zurückgetreten. Der erstere, General von Kameke, erhielt am 8. März die aus Gesundheitsrücksichten erbetene Entlassung und wurde durch den General Bronsart von Schellendorf ersetzt; gleichzeitig wurde die Abteilung für persönliche Angelegenheiten, also für Beförderungen und Pensionierungen, von dem Ministerium abgelöst und als Militärkabinett dem Kaiser direkt unterstellt. Man glaubte darin die Absicht zu erkennen, daß der oberste Kriegsherr die Pensionierung als sein persönliches Recht in Anspruch nehme und vielleicht gefunden habe, daß dies vom Kriegsminister nicht nachdrücklich genug betont sei, während der letztere, angesichts seiner parlamentarischen Verantwortlichkeit, den Verlust jeder Einflußnahme auf die Pensionierung für unannehmbar befunden habe. Am 20. März erhielt auch der Marineminister General Stosch seine Entlassung, und zwar ebenso wie Kameke unter lebhafter Anerkennung seiner Verdienste. Zu seinem Nachfolger wurde der General von Caprivi ernannt, wodurch sich die Admirale Batsch und Berger veranlaßt fanden gleichfalls ihre Pensionierung zu erbitten, die ihnen denn auch nach einiger Zeit gewährt wurde.

Kirchengesetz-
novelle.

Für Bennigens Ausscheiden aus dem politischen Leben war es wohl auch mit maßgebend gewesen, daß gerade in den Tagen der Krisis eine neue kirchenpolitische Vorlage gemacht wurde, die abermals ein starkes Zurückweichen der preussischen Regierung bekundete. Der Anstoß dazu ging auch diesmal von einem Schreiben des Papstes an den Kaiser aus, das vom 3. Dezember 1882 datiert und am 22. dadurch beantwortet war, daß der Kaiser den Wunsch aussprach, die Kurie möchte das Entgegenkommen der Regierung erwidern und zwar besonders auf dem Gebiete der Anzeigepflicht; geschehe dies, so sei er bereit die Kampfgesetze einer neuen Prüfung im Landtage unterziehen zu lassen. Der Papst erklärte sich darauf geneigt die Bischöfe zur Anzeige der Pfarrer für die zur Zeit erledigten Stellen anzuweisen, sobald die Zustimmung des Landtages die freie Ausübung der kirchlichen Jurisdiktion und die Freiheit der Erziehung des Klerus gewährleistet habe; nach Abschluß der Revision der Maigesetze werde er dann die Anzeigepflicht dauernd anerkennen. An diese Erklärung schlossen sich diplomatische Meinungs- austausche, die mit einer Note Schlözers vom 5. Mai 1883 endeten. Darin wurde festgestellt, daß gewisse Zugeständnisse von beiden Seiten prinzipiell als möglich anerkannt seien, daß man aber über die Frage der Priorität sich nicht einigen könne; die Regierung betrachte die Erfüllung der Anzeigepflicht wesentlich als den Ausdruck der Absicht friedlich mit dem Staate zusammenzuwirken; sei sie das nicht, so verliere sie ihren Wert und der Staat müsse seine Sicherheit in Repressivmaßregeln suchen, die er im alleinigen Wege seiner Gesetzgebung feststelle; er werde

dann dem
übrigen
walten
auf die
lichen da
zu verze
dem Gebi
Stand g
wirkung
Kurie ni
der Note
dem Lan
besonders
und ges
stimmung
Konservo
liberalen
und die
unanneh
von 224
an. De
dadurch
Gesetz r
über Be
das blie
das Ger
ernstlich
über die
nehmba
ment de
Triump
der Sch
erklärt
die Pa
lassen,
Septem
Kultur
Ziele pr
Kirchen
die zur
Vorbild
zession
die neu
um au
den Bis
fische A

dann den katholischen Preußen alle zulässigen Gewährungen machen, im übrigen aber das Gesetz ungemildert durch Verständigung mit der Kirche waltend lassen. Damit es dahin nicht komme, sei die Regierung bereit auf die Anzeigepflicht für die nicht mit Pfründen versehenen Hilfsgeistlichen dauernd und ohne Ausschluß einzelner Bezirke, d. h. der polnischen, zu verzichten und die Zuständigkeit des geistlichen Gerichtshofes auf dem Gebiete der Anzeigepflicht zu beseitigen, so daß die Bischöfe in den Stand gesetzt würden überall den Bedürfnissen der Seelsorge ohne Mitwirkung des Staates Genüge zu thun. Auf dieses Anerbieten ging die Kurie nicht ein, und nun entschloß sich das Ministerium die Vorschläge der Note vom 5. Mai in Gesetzesform zu bringen und Anfang Juni dem Landtage vorzulegen; es hielt darin das Einspruchsrecht des Staates besonders in bezug auf die gesetzliche Vorbildung der Geistlichen fest und gestattete dagegen Berufung an den Kultusminister. Diese Bestimmung (§ 4) verwarf aber das Centrum in Verbindung mit den Konservativen, und die Regierung ergab sich darein. Für die Nationalliberalen, die Sezessionisten und etwa die Hälfte der Fortschrittspartei und die Freikonservativen wurde die Vorlage dadurch aber vollends unannehmbar; doch blieben sie in der Minderheit, und eine Mehrheit von 224 gegen 107 Stimmen nahm das Gesetz am 25. Juni endgültig an. Dem völlig veränderten Standpunkte der Regierung gab Gofler dadurch den schärfsten Ausdruck, daß er erklärte, wenn die Kurie das Gesetz nicht anerkenne, werde die Regierung die ganze Anzeigepflicht über Bord werfen und selbständig weiter vorgehen. In welcher Weise, das blieb freilich unklar. Dagegen lehrten schon die nächsten Tage, daß das Centrum voll Siegeszuversicht den Kampf gegen den Staat jetzt ernstlich auf das Gebiet der Schule zu übertragen gedanke. Ein Gesetz über die Durchführung des Schulzwanges wurde von ihm für unannehmbar erklärt und dadurch zu Falle gebracht, daß es für ein Amendement der Fortschrittspartei eintrat, welches Gofler schlechthin ablehnte. Triumphierend prophezeite Windthorst, daß die Zeit kommen werde, wo der Schulzwang falle, und bedauerte, wenn der Minister, wie dieser erklärt hatte, dann nicht mehr an seinem Platze sein würde! Wie wenig die Partei auch im übrigen gemeint war von ihren Forderungen abzulassen, lehrten die Beschlüsse des Düsseldorfer Katholikentages, der im September die Wiederherstellung des Kirchenstaates, die Aufhebung aller Kulturkampfsgesetze und die volle Freiheit der geistlichen Orden als seine Ziele proklamierte. Daß die Bischöfe ihrerseits die Zugeständnisse des neuen Kirchengesetzes ohne Zögern annahmen und die Kurie sie ermächtigte für die zur Zeit erledigten Pfarrstellen die Dispense der Regierung von der Vorbildung einzuholen, wurde von der Germania als eine große Konzession dargestellt; in der That ersah man den Wert, welchen die Kurie auf die neuen Bestimmungen legte, deutlich genug daraus, daß der Papst, um auch die bischofslosen Diözesen derselben teilhaftig werden zu lassen, den Bischof von Kulm ermächtigte die Dispensgesuche für sämtliche preussische Diözesen zu sammeln und gemeinsam dem Ministerium vorzulegen.

Das Centrum
und die Schule.

Zugeständnisse
des Staates.

Noch vor Schluß des Jahres erfolgten dann von seiten des Staates einige weitere Schritte, die von dem größten Wunsche der Kurie entgegenzukommen zeugten. Am 3. Dezember wurde der abgesetzte Bischof Blum von Limburg begnadigt, am 17. stattete der Kronprinz, der auf der Rückreise von Spanien die italienische Königsfamilie in Rom besuchte, auch dem Papste im Vatikan seinen Besuch ab, und am letzten Tage des Jahres wurde die Wiederaufnahme der Staatsleistungen in den drei Diözesen Kulm, Ermeland und Hildesheim, deren Bischöfe den Kulturkampf überdauert hatten ohne abgesetzt zu werden, angeordnet. Da dieselbe Maßregel in Paderborn und den übrigen unbefestigten Diözesen jedesmal gleichzeitig mit der Anerkennung des Bischofs erfolgt war, so dauerte die Temporalien Sperre nur noch in Posen, Köln und Münster fort: in Münster aber nur noch für wenige Wochen, da im Februar 1884 auch der Bischof Brinkmann begnadigt wurde.

Der preussische
Landtag.

Inzwischen hatte die parlamentarische Zeit mit der Eröffnung des preussischen Landtages am 20. November 1883 wieder begonnen und die Thronrede hatte die Fortführung der Steuerreform angekündigt, die einerseits in dem Vorschlage einer Änderung der Klassen- und Einkommensteuersätze und in der Einführung einer Kapitalrentensteuer, andererseits in Entwürfen zur Erleichterung der Kommunal- und Schullasten bestehen sollte; auch die Verbesserung der Beamtenbesoldungen wurde wieder in Aussicht genommen. Daneben hatte sich der Landtag mit neuen Vorlagen wegen des Ankaufs von Privatbahnen und mit der hannoverschen Kreis- und Provinzialordnung zu beschäftigen. Die letztere fand in Windthorst, der die Erhaltung der althannoverschen Untereinteilung forderte und die starke Stellung der Ritterschaft im Provinziallandtage erhalten wollte, einen entschiedenen Gegner, und sein Einfluß siegte denn auch in der Kommission; im Plenum gelangte aber schließlich doch die ursprüngliche Vorlage im wesentlichen zur Annahme. Das Staatsbahnnetz wurde durch die neu verstaatlichten Bahnen auf einen Umfang von 15 700 km gebracht; den Privatbahnen verblieben noch etwa 6000 km, von denen aber über 2100 im Staatsbetrieb waren. Der Steuerreformentwurf stieß auf vielfachen Widerspruch wegen der Grenze des steuerfreien Einkommens, die er bei 1200 Mark annahm; dagegen fand der Gedanke den Unterschied zwischen Klassen- und Einkommensteuer zu beseitigen und eine mäßige Progression der Steuersätze einzuführen, ziemlich viel Anklang; nur verlangte man dann einen Ersatz für die bei der Klassensteuer bestehende Kontingentierung auf 42 Millionen; an der Kapitalrentensteuer mißbilligten die Liberalen besonders, daß dieselbe nur das mobile Kapital, nicht das in Grundbesitz angelegte treffen sollte. Die Verhandlungen in der Kommission zogen sich bis Mitte Mai 1884 hinaus und endeten mit der Annahme eines so vielfach veränderten Entwurfes, daß eine Verständigung mit der Regierung nicht in Aussicht stand, zumal die Landtagsession wenige Tage später, am 19. Mai, geschlossen werden sollte.

Kulturkampf-
debatten.

Auch die Fragen der Kommunalsteuergesetzgebung, der Schuldotation

und der L
doch desh
stärker in
besonders
als 15 St
es nicht.
hobenen
eine moti
der Debat
der jetzige
Posen un
worden.
als Wind
159 Stim
scharf geg
daß eben
gestanden
wiederauf
in Posen
zugeben
nationalp
auch ohn
dann no
auf organ
116 Stim
wenige
Windthor
gegen 40
natürlich
gierung
weiteren
neuer Gr
Höchstens
aber wer
will vor
wie es
Gesandte
Lage gen
im Augu
und wur
von Win
patriern
erste päp
mit sein
Gleichwo
3. Dezen

und der Beamtenbefolgungen gelangten zu keinem Ergebnis, hauptsächlich doch deshalb, weil das Centrum sich der Regierung gegenüber wieder stärker in Opposition zu stellen für nützlich hielt. Es trat das ganz besonders bei den Debatten über den Kultusetat hervor, die nicht weniger als 15 Sitzungen ausfüllten; aber auch an selbständigen Anträgen fehlte es nicht. So forderte Reichensperger die Wiederherstellung der aufgehobenen Verfassungsartikel, die jedoch am 19. Januar 1884 ebenso wie eine motivierte Tagesordnung der Konservativen abgelehnt wurde; in der Debatte war besonders die bestimmte Erklärung Goflers, daß keiner der jetzigen Minister die Begnadigung der Erzbischöfe von Köln und Posen unterschreiben werde, von dem Centrum sehr übel aufgenommen worden. Noch schärfer stießen die Gegensätze am 5. März aufeinander, als Windthorsts Antrag auf Beseitigung des Sperrgesetzes mit 209 gegen 159 Stimmen abgelehnt wurde und auch die Konservativen ungewöhnlich scharf gegen das Centrum auftraten. Seltsam genug war es dann freilich, daß eben vor Ende des Monats, also gerade vor Ablauf der 1881 zugestandenen Frist, die Staatsleistungen auch in der Erzdiözese Köln noch wiederaufgenommen wurden. Das Sperrgesetz bestand also nur noch in Posen; die Gründe, weshalb es nicht auch dort aufgehoben sei, anzugeben lehnte Gofler am 31. März kurzerhand ab; daß sie auf der nationalpolnischen Agitation der katholischen Geistlichkeit beruhten, war auch ohnedies offenkundig. Einen letzten Anlauf machte das Centrum dann noch kurz vor Schluß der Session mit dem Antrag Windthorsts auf organische Revision der Maigesetze, der am 17. Mai mit 168 gegen 116 Stimmen abgelehnt wurde, eine Niederlage, für welche die Partei wenige Wochen später dadurch entschädigt wurde, daß der Reichstag Windthorsts Antrag auf Beseitigung des Expatriierungsgesetzes mit 217 gegen 40 Stimmen annahm. Die Zustimmung des Bundesrates blieb natürlich aus, und auch die Beziehungen der Kurie zur preussischen Regierung verschlechterten sich zusehends. Die letztere verlangte vor jedem weiteren Zugeständnis die Einwilligung des Papstes zur Ernennung neuer Erzbischöfe in Posen und Köln, und die war nicht zu erlangen. Höchstens die Bestellung eines Koadjutors wollte Leo XIII. zugestehen; aber wenn er zu diesem Posten für Posen den Fürsten Edmund Radziwill vorschlug, so war das für die Regierung geradezu unannehmbar, wie es einst die Ernennung des Kardinals Hohenlohe zum deutschen Gesandten beim Vatikan für Pius IX. gewesen war. Wie gespannt die Lage geworden war, sah man aus den bitteren Äußerungen, die Schlözer im August während seines Ferienaufenthaltes in Deutschland fallen ließ, und wurde im Dezember durch Bismarck selbst bestätigt, als er dem von Windthorst abermals im Reichstag gestellten Antrag wegen des Expatriierungsgesetzes mit der Erklärung entgegentrat, solange er nicht die erste päpstliche Konzession deutlich und faßlich in der Hand habe, werde mit seinem Willen auch nicht um ein Haar breit nachgegeben werden. Gleichwohl stimmte eine Mehrheit von 217 gegen 93 Stimmen am 3. Dezember dem Windthorstschen Antrag von neuem zu.

Beziehungen
zur Kurie.

Die National-
liberalen.

Daß unter solchen Umständen Bismarck sich den Nationalliberalen wieder mehr zu nähern suchte, entsprach durchaus der doppelhändigen Politik, die er befolgte. Bei einem seiner Frühlingsessen wies er das Gerede zurück, als ob er die Nationalliberalen habe „an die Wand drücken wollen“, und bei den Reichstagswahlen im Herbst mußte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung wieder lebhaft für ein Bündnis der Konservativen mit den Nationalliberalen eintreten. Von ernstlichen Zugeständnissen an die letzteren war freilich nicht die Rede. Daß Bennigsen aus seiner Zurückgezogenheit hervortrat um in einer Rede, die er am 14. September in Hannover hielt, davor zu warnen, daß man in der inneren Politik Preußens mit dem ganzen Apparat der strengkonservativen Partei weiter wirtschaftete, trug ihm nur absprechende Urteile der Regierungspresse ein. Aber auch seine eigene Partei war mit ihm nicht mehr zufrieden, denn sie hatte seit dem Frühjahr 1884 unter Führung Miquels eine neue Abschwenkung nach rechts vorgenommen. Den äußeren Anlaß dazu bot die Verschmelzung der sezeßionistischen Fraktion mit der Fortschrittspartei, die am 5. März 1884 nach längeren Verhandlungen vollzogen war. Die vermittelnde Stellung, welche die Sezeßionisten anfänglich eingenommen und die sie zur Bildung einer großen liberalen Partei ausnutzen zu können gehofft hatten, fiel damit freilich hinweg; aber es war das doch nur ein Verzicht auf einen schönen Traum, der keine Aussicht auf Verwirklichung bot: weder befaß der linke Flügel der Fortschrittspartei, den Eugen Richter führte, Nachgiebigkeit genug um mit dem gemäßigten Liberalismus zusammen zu wirken, noch war innerhalb des letzteren die Bereitwilligkeit vorhanden sich jenem anzunähern. Wollte man der bisherigen Zersplitterung abhelfen, so konnten nur zwei Wege beschritten werden: entweder mußte die Sezeßion die entschiedeneren Elemente der Nationalliberalen und die gemäßigteren der Fortschrittspartei zu sich herüberziehen, oder sie mußte sich ganz mit der letzteren vereinigen. Die erste Möglichkeit hatte zeitweilig nahegelegen, als nach den preussischen Wahlen von 1882 innerhalb der Fortschrittspartei die Spannung zwischen Richter und Hänel sehr scharf geworden war; allein die Gruppe, welche im Reichstage zu dem letzteren hielt, bildete doch die Minderheit und der Zuzug, den man von den Nationalliberalen erwarten durfte, war vollends gering. Seitdem war der Gegensatz der Sezeßionisten zum Reichskanzler bedeutend tiefer geworden; neben den rein sachlichen Momenten spielte wohl auch das verletzende Verhalten Bismarcks bei Lasfers Tode dabei eine Rolle. Letzterer hatte im Jahre 1883 um sich von geistiger Überarbeitung zu erholen eine Reise nach Amerika unternommen und war am 4. Januar 1884 in Newyork gestorben. Das amerikanische Repräsentantenhaus hatte darauf eine Beileidsresolution gefaßt, in welcher Lasfers feste Vertretung der liberalen Ideen als ein Verdienst gepriesen war, und hatte dieselbe auf diplomatischem Wege durch Bismarcks Vermittelung dem Reichstage zugehen lassen wollen. Der Kanzler aber lehnte diese „Briefträgerrolle“ ab und schickte die Resolution zurück, da er die Verdienste Lasfers nicht

Die Deutsch-
freisinnige
Partei.

Lasfers Tod.

anerkennt-
samt, wäl-
dem Tode
„lobten, o-
hinweg.
freisinnige
National-
land fast
freien B-
Annäheru-
Gruppe
noch eng-
einer Zu-
in Heidel-
deutung
enthielt i-
Reichstag
Beibehalt-
war näm-
partei an-
Landtags-
man, da-
Auch wa-
kommen
daß die
zuschreite-
erfuhr, e-
blickte.
praktisch
mußte f-
seiner W-
theoretisch
Eine Rei-
das Hei-
frischen
sehr zufr-
vernehm-
standen
Un-
deutschfr-
feierliche
zur Spre-
die doch
Rechte
lange G-
„neuen

anerkennen könne, eine Demonstration, die wirklich auch ihre Lobredner fand, während sie die Freunde des Verstorbenen tief kränken mußte. In dem Toten verurteilte der Kanzler auch die Lebenden, die ihn wie jener „lobten, aber bekämpften“, und drängte sie naturgemäß weiter von sich hinweg. Die neue Partei, die sich unter dem Namen der Deutschfreisinnigen bildete, verlor notwendigerweise die Fühlung mit dem Nationalliberalismus gänzlich; während ihr Programm in Norddeutschland fast überall in den sezeßionistischen und fortschrittlichen Wählerkreisen Zustimmung fand, entnahmen die süddeutschen Liberalen, deren Annäherung an die Freikonservativen schon 1879 bei dem Austritt der Gruppe Schauß-Bölk offenbar geworden war, daraus den Anlaß sich noch enger an den Reichskanzler anzuschließen. Es geschah das auf einer Zusammenkunft, die 42 süddeutsche Politiker am 23. März 1884 in Heidelberg hielten. In den meisten Fragen von augenblicklicher Bedeutung erklärten sie sich rückhaltlos im Sinne der Regierung; doch enthielt ihr Programm noch die Versicherung, daß sie die Rechte des Reichstags gegen etwaige Reaktionsversuche verteidigen und auch für die Beibehaltung des geheimen Stimmrechts eintreten würden; das letztere war nämlich von Puttkamer angegriffen worden, als die Fortschrittspartei am 5. Dezember 1883 seine Einführung auch für die preussischen Landtagswahlen beantragt hatte, und durch die offiziöse Presse erfuhr man, daß der Minister sich ganz in Bismarcks Sinn geäußert hatte. Auch waren Wahlbeeinflussungen der schlimmsten Art zur Sprache gekommen und das Verfahren einzelner Beamten für so arg befunden, daß die Regierung aufgefordert wurde strafrechtlich gegen dieselben einzuschreiten, worin freilich der König, wie man durch den Staatsanzeiger erfuhr, einen Eingriff in die ihm allein zustehende Vollzugsgewalt erblickte. Wie weit der Nationalliberalismus unter solchen Umständen praktisch in der Verteidigung parlamentarischer Rechte gehen werde, mußte freilich dahingestellt bleiben; immerhin wagte es doch auch in seiner Mitte niemand, wie es zwei Jahre später geschehen sollte, das theoretische Bekenntnis zum Kampf gegen die Reaktion zu verweigern. Eine Reihe von Parteitagen, der wichtigste Mitte Mai in Berlin, bestätigte das Heidelberger Programm und man gab sich der Hoffnung auf einen frischen Aufschwung der Partei hin; Bismarck war mit diesen Vorgängen sehr zufrieden und erklärte sich im Reichstag gern bereit das gute Einvernehmen wieder herzustellen, das zwischen ihm und der Partei bestanden habe, ehe die Herren mit ihm hätten „aus der Schüssel essen wollen“.

Um so erbitterter äußerte er sich bei jeder Gelegenheit gegen die deutschfreisinnige Partei, deren Programm sogar im Bundesrat zu einer feierlichen Verwahrung Anlaß geben mußte. Sachsen brachte nämlich zur Sprache, daß die Partei die Einrichtung von Reichsministerien fordere, die doch nicht ohne Schädigung des monarchischen Prinzips und der Rechte des Bundesrats möglich sei, und Preußen gab darauf eine lange Erklärung ab, nach der es auch seinerseits in dem Verlangen der „neuen fortschrittlichen“ Partei nur ein Mittel zur Unterwerfung der

Das Heidelberger Programm.

Der Bundesrat und die Reichsministerien.

Der preussische
Staatsrat.

Regierungsgewalt unter die Mehrheitsbeschlüsse des Reichstags erblickte. Der ganze Meinungsaustrausch wurde denn zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Fast gleichzeitig machte der Kanzler auch einen neuen Versuch in Preußen, wo er die Verantwortlichkeit seiner Kollegen im Ministerium nicht beseitigen konnte, den Einfluß derselben durch eine neue Einrichtung, die zugleich dem Landtage eine gewisse Konkurrenz machen sollte, zu beschränken. Mit Hilfe des Druckes, den er jederzeit durch sein Entlassungsgeſuch zu üben imstande war, erreichte er die Zustimmung des Staatsministeriums zu dem Vorschlage den ganz in Vergessenheit geratenen preussischen Staatsrat wieder ins Leben zu rufen. Am 20. April gab der König seine Genehmigung dazu; am 11. Juni ernannte er den Kronprinzen zum Vorsitzenden, den Kanzler zu dessen Stellvertreter, und berief 71 hervorragende Persönlichkeiten, zumeist natürlich Konservative, zu Mitgliedern; außerdem gehörten die noch lebenden früheren Staatsräte, sowie die Prinzen, die Minister und Oberpräsidenten, die Marschälle und kommandierenden Generäle der hohen Körperschaft an. Ihr erster Zusammentritt erfolgte am 25. Oktober; der Kronprinz bezeichnete in seiner Eröffnungsrede ihre Aufgabe dahin, daß sie ihr Gutachten über die Entwürfe von Gesetzen, Verordnungen, Anträgen beim Bundesrat und über Verwaltungsfragen geben sollte; verbindlich war dasselbe natürlich nicht; aber es konnte doch bei geschickter Verwendung eine brauchbare Handhabe gegen Ministerialprojekte, die dem Kanzler nicht gefielen, und eine Unterstützung derselben gegen oppositionelle parlamentarische Mehrheiten werden; nebenbei bedeutete die Einführung dieser neuen begutachtenden Instanz auch das feierliche Begräbnis des Volkswirtschaftsrates, der die auf ihn gesetzten Hoffnungen wenig erfüllt hatte und außerdem ohne Bewilligung der vom Landtage wie vom Reichstage verweigerten Geldmittel auf die Dauer nicht zu halten war.

Das Unfall-
gesetz.

Zum letztenmale war er im Januar 1884 einberufen worden um über eine dritte Bearbeitung des Unfallgesetzes sein Gutachten abzugeben. Dasselbe ließ den Reichszuschuß ganz fallen und wies die Kosten ausschließlich den zu Berufsgenossenschaften vereinigten Unternehmern zu, hinter denen das Reich allerdings mit einer Art von Garantieleistung stand. Zur Beaufsichtigung und zur Ausführung des Gesetzes war ein Reichsversicherungsamt in Aussicht genommen, in dem auch zwei von den Arbeiterausschüssen bestimmte Mitglieder sitzen sollten. Diese Ausschüsse hatten auch bei der Untersuchung der Unfälle mitzuwirken. Zur Beschaffung der Entschädigungsgelder wurde das Umlageverfahren eingeführt, nach welchem die Kosten auf die Beteiligten repartiert werden sollten; für den Anfang mußten sich dieselben danach niedrig bemessen, aber dann von Jahr zu Jahr durch den Zutritt neuer Entschädigungsberechtigter wachsen, bis diese Vermehrung nach längerer Zeit durch den Tod der älteren Jahresklassen beglichen wurde. Die Versicherung bei Privatgesellschaften blieb ausgeschlossen; auch hielt der Entwurf die Beschränkung auf die industriellen Arbeiter fest und verwies die Berunglückten für die ersten dreizehn Wochen an die Krankenversicherung, wodurch die

Unfallver-
lastet wur-

Wes-
seinem B-
eine Kom-
haft schi-
nicht zuſ-
für 4, 1
ließen d
ständigte
Gesetz d
die Arbe-
die Nach-
daß die
war das
durch di
für das
1882 pr

Ob-
tragen n
mußte r
wohl ni
daß die
sich auc
waren i
Versuch
in die K
seiner W
an den
Weise z
eitet u
worden.
Reichste
beriet,
freisinni
Böttiche
gleichem
aber er
fangs f
Berläng
mission
Anträge
Stimme
anzutra
seine A
Rückfid

Unfallversicherung von nicht weniger als 97% aller Unfälle entlastet wurde.

Wesentlich unverändert wurde dieser Entwurf dem Reichstage nach seinem Zusammentritt am 6. März 1884 vorgelegt und von diesem an eine Kommission verwiesen, in der sein Schicksal anfangs ziemlich zweifelhaft schien; es wurden Änderungen angenommen, denen die Regierungen nicht zustimmen wollten; insbesondere sollte die Krankenversicherung nur für 4, nicht für 13 Wochen eintreten. Allein vor der zweiten Lesung ließen die Ultramontanen plötzlich alle ihre Bedenken fallen und verständigten sich mit den Konservativen, und diese Koalition brachte das Gesetz denn ohne erhebliche Änderungen durch. Gestrichen wurden u. a. die Arbeiterausschüsse, an deren Stelle Arbeitervertreter gesetzt waren; die Nachteile des Umlageverfahrens wurden in etwas dadurch gemildert, daß die Genossenschaften einen Reservefonds ansammeln mußten; auch war das Gesetz auf die Bauarbeiter ausgedehnt; alles Zugeständnisse, durch die es den Nationalliberalen erleichtert wurde am 21. Juni mit für das Gesetz zu stimmen und den Entwurf der liberalen Parteien von 1882 preiszugeben.

Ob das Gesetz, wie die Majorität hoffte, mit der Zeit dazu beitragen würde die Arbeiter den sozialdemokratischen Ideen zu entfremden, mußte natürlich dahingestellt bleiben; für die nächste Zukunft rechnete wohl niemand ernstlich darauf. Zahlreiche Symptome ließen erkennen, daß die Agitation im Verborgenen schwungvoll betrieben wurde und daß sich auch geheime anarchistische Zirkel zusammensanden. Von diesen waren im Herbst 1883 einige verruchte Attentate ausgegangen, so ein Versuch am 29. Oktober das Polizeigebäude in Frankfurt mit Dynamit in die Luft zu sprengen und vier Wochen früher der Plan den Kaiser mit seiner Begleitung bei der Einweihung des Denkmals, das zur Erinnerung an den Krieg von 1870 auf dem Niederwald errichtet war, in derselben Weise zu töten. Das Mißgelingen der Zündschnur hatte die Sache vereitelt und länger als ein halbes Jahr war der Vorfall verheimlicht worden. Das Publikum erfuhr davon erst, als Eugen Richter in der Reichstagskommission, die über die Verlängerung des Sozialistengesetzes beriet, Mitteilungen darüber machte und ankündigte, daß die deutschfreisinnige Partei ein Dynamitgesetz einbringen werde. Darauf erklärte Bötticher, daß der Bundesrat sich in den nächsten Tagen mit einer gleichen Vorlage beschäftigen werde; an den Reichstag gelangte dieselbe aber erst, als die Annahme des Sozialistengesetzes gesichert war. Anfangs schien dieselbe sehr zweifelhaft zu sein, da die Gründe für die Verlängerung auf die Gegner keinen Eindruck machten. In der Kommission wurde besonders von Windthorst eine Reihe von abschwächenden Anträgen verfochten; diese blieben jedoch in der Minderheit und mit Stimmengleichheit wurde beschlossen auf Ablehnung der ganzen Vorlage unzutragen. Wenn der Reichstag sich in gleichem Sinne entschied, war seine Auflösung unzweifelhaft. Teils um dem vorzubeugen, teils aus Rücksicht auf den Kaiser, der sich sehr nachdrücklich für die Verlängerung

Sozialdemo-
tratie und
Anarchismus.

Dynamit- und
Sozialisten-
gesetz.

ausgesprochen hatte, stimmten manche Abgeordnete für die Vorlage, die am 10. Mai mit 183 gegen 158 Stimmen angenommen wurde; unter der Mehrheit befanden sich 39 Mitglieder des Centrums und 26 Freisinnige; die letzteren ließen jedoch erklären, daß sie nach Ablauf der neuen Gültigkeitsdauer, die bis zum 30. September 1886 reichte, keiner weiteren Verlängerung zustimmen würden. Unmittelbar darauf gelangte dann auch das Dynamitgesetz ohne erheblichen Widerspruch zur Annahme.

Andere Vorlagen.

Eine ungewöhnliche Einmütigkeit zeigte der Reichstag bei der Bewilligung von etwa 19 Millionen, welche der Marineminister für den Bau von 70 Torpedoboten und zu anderen Zwecken forderte; alle große Parteien genehmigten dieselbe am 28. März. Auch ein neues Aktiengesetz wurde mit einer großen Mehrheit aus allen Parteien angenommen, nachdem es in einer Kommission vielfach abgeändert war. Die konservativ-kerikale Majorität verhalf auch einem Antrag des Abg. Ackermann zum Siege, der das Halten von Lehrlingen zum Privilegium der Innungsmeister machte, übrigens ohne Strafbestimmungen hinzuzufügen und somit ohne Aussicht auf praktische Ergebnisse. Angenommen wurde auch das Militärreliftengesetz, aber mit Änderungen, denen der Bundesrat nicht zustimmte, sodaß es abermals nicht zustande kam. Von Finanzgesetzen fand eine Novelle zum Zolltarif die Genehmigung des Reichstages; dagegen wurde ein neues Reichsstempelgesetz, das besonders die Umsätze an der Börse treffen sollte, und die Vorschläge zur Reform der Zuckersteuer so spät vom Bundesrat erledigt, daß diese Vorlagen im Reichstage gar nicht mehr zur Verhandlung kamen. Über die Zuckerindustrie brach dann bald mit voller Hefigkeit die Katastrophe herein, die man längst hatte kommen sehen. Die ungeheure Überproduktion, zu der die hohe Ausfuhrprämie verlockt hatte, drückte die Preise so tief herab, daß die unter ungünstigeren Verhältnissen arbeitenden Fabriken sich nicht mehr halten konnten und zahlreiche Insolvenzen eintraten, während gleichzeitig der Verlust, den das Reich durch die Zahlung zu hoher Ausfuhrvergütungen erlitt, im beständigen Wachsen begriffen war.

Die Zuckerindustrie.

Reichstagswahlen von 1884.

In anderem Zusammenhange ist der kolonialen Debatten gedacht, welche gegen den Schluß der Reichstagsession die Gemüter lebhaft beschäftigten. Weit über das Maß ihrer Bedeutung hinaus beeinflussten sie die Agitation für die Reichstagswahlen, welche auf den 28. Oktober 1884 ausgeschrieben waren. Bei denselben wurden etwa 560 Tausend Stimmen mehr abgegeben als drei Jahre früher; trotzdem verloren die Freisinnigen etwa 80, während die Nationalliberalen fast 340 gewannen, so daß beide Parteien fast genau gleichviel, nämlich 980 Tausend erhielten; die Konservativen gewannen über 50, aber fast ebensoviel verloren die Freikonservativen; das Centrum erhielt (mit Einschluß der Welfen) etwa 120, die Sozialdemokraten gar 210 Tausend Stimmen mehr. Nach der Beendigung der Stichwahlen Mitte November ergab sich, daß die Freisinnigen beinahe 40 Sitze verloren hatten; den größten Gewinn trugen die Konservativen und die Sozialdemokraten davon; jene stiegen von 49 auf 76, diese von 12 auf 24; die Stärke der übrigen

Fraktion trotz der

Reichstags feige genommenen Thätigkeit wurde, angriffe r Wählerkreise meinsam vornehm die in ebenso informatschwarz verbessern eines dr Posten lebhafter und wen der Wei denen a waren, der zwe Konflikt rung sol heit tau der frei seinem Forderu 4. Mär stimmun willigt diesem würdige rat den vorbeha wie die D sition b geberisc erwartete sozialer rechnen Unfallt 2³/₄ M

Fraktionen blieb ziemlich unverändert; die Nationalliberalen gewannen trotz der großen Vermehrung ihrer Stimmenzahl nur 5 oder 6 Sitze.

Recht befriedigt konnte von der Zusammensetzung des neuen Reichstags keine Partei sein, das Centrum und die Sozialdemokratie ausgenommen. Die Freisinnigen suchten ihre Verluste durch verdoppelte Thätigkeit in der neuen Session, die am 20 November 1884 eröffnet wurde, auszugleichen. Indes waren die Punkte, auf welche sie ihre Angriffe richteten, nicht gerade geeignet ihnen die Sympathieen neuer Wählerkreise zuzuführen; am wenigsten die Streichungen, welche sie gemeinsam mit dem Centrum in dem Budget des Auswärtigen Amtes vornehmen wollen. Theils handelte es sich dabei um Konsulatsposten, die in einer gewissen Verbindung mit der Kolonialpolitik standen und ebenso wie die Summen zur Unterstützung von Forschungsreisen, als informatorischen Zwecken dienend, selbst von den Gegnern der Kolonialschwärmerei unschwer bewilligt werden konnten, theils um die Verbesserung der Büreaugehilfen des Kanzlers und um die Anstellung eines dritten Direktors im Auswärtigen Amte. Die Aufsechtung dieser Posten und besonders die Ablehnung des letztgenannten trotz Bismarcks lebhafter Befürwortung machte einen nachtheiligen Eindruck im Lande, und wenn die Entrüstungsversammlungen und die Adressen, die während der Weihnachtstage ins Werk gesetzt wurden, auch fast ausschließlich von denen ausgingen, die ohnedies schon unbedingte Anhänger des Fürsten waren, so gab es doch auch unter den freisinnigen Wählern manchen, der zweifelte, ob es wohlgethan sei um solcher kleinlichen Fragen willen Konflikte herbeizuführen. Daß bloße Sparsamkeitsgründe die Verweigerung solch unbedeutender Summen rechtfertigen könnten, durfte die Mehrheit kaum behaupten, da sie mit gutem Fug soeben erst die Beschränkung der freien Eisenbahnfahrt der Reichstagsabgeordneten, durch die Bismarck seinem Groll gegen die Volksvertretung Ausdruck gegeben, durch die Forderung von Diäten beantwortet hatte. Bei der dritten Lesung am 4. März 1885 änderte denn auch ein Teil der Freisinnigen seine Abstimmung, so daß der dritte Direktor mit 172 gegen 153 Stimmen bewilligt wurde. Von der Gefinnung des deutschen Volkes aber legte bei diesem Anlaß der württembergische Abgeordnete von Wöllwarth ein denkwürdiges, beschämendes Zeugnis ab, indem er sagte: wenn der Bundesrat den Reichstag auflösen und den Zeitpunkt der Wiederberufung sich vorbehalten wollte, würde die Bewegung im Lande nicht so stark sein wie die wegen des dritten Direktors!

Die Stellung der Reichsregierung gegenüber der vereinigten Opposition bot im allgemeinen so wenig Aussicht auf eine erfolgreiche gesetzgeberische Thätigkeit, daß man eine baldige Auflösung allerdings vielfach erwartete. Bismarck wies das aber öffentlich zurück, da er für seine sozialen und wirtschaftlichen Projekte im ganzen doch auf das Centrum rechnen konnte. Es befanden sich darunter zwei Vorlagen, welche die Unfallversicherung, die sich nach den Angaben der Motive auf etwa $2\frac{3}{4}$ Million industrieller Arbeiter erstreckte, auf 800 000 Arbeiter in

Budget-
abstiche.Der dritte
Direktor.

Unfallgesetz.

den Transportgewerben und auf nahezu 7 Millionen land- und forstwirtschaftliche Arbeiter ausdehnen sollte. Nur die Einbeziehung der Transportgewerbe wurde jedoch in dieser Session mit Hilfe des Centrums durchgebracht. Ebenso stimmte dasselbe geschlossen für eine neue Zolltarifnovelle, die der Reichskanzler am 15. Januar 1885 dem Bundesrat vorgelegt hatte. Sie bezweckte unter anderen die Verdoppelung und Verdreifachung der Getreide- und Holzzölle, sowie eine starke Erhöhung des Branntwein- und Honigzolls, war also vorzugsweise auf die Preissteigerung der landwirtschaftlichen Produkte gerichtet, die auch in der preussischen Thronrede, mit welcher an demselben Tage der Landtag eröffnet wurde, als dringende Notwendigkeit geschildert wurde. Den Agrariern gingen die Vorschläge der Regierung freilich immer noch nicht weit genug, während eine Delegiertentkonferenz der Seestädte geltend machte, daß die Erhöhung der Getreidezölle nur wenigen Großgrundbesitzern einen Nutzen bringe, der durch weitere Steigerung des Grundwertes bezw. der Pachten in kurzer Zeit seine Wirkung wieder verliere, während die Ernährung der minder wohlhabenden Klassen dadurch verschlechtert und Handel und Industrie dadurch geschädigt würden. Auf den Kanzler machten diese Einwendungen keinerlei Eindruck; er bezeichnete es vielmehr als verlogene Entstellung der Wahrheit und ungerechte Aufhebung der besitzlosen Klassen, wenn man behauptete, daß die Zollgesetzgebung den Großgrundbesitz auf Kosten des armen Mannes bereichere; die Gegner blieben die Antwort darauf nicht schuldig, allein da sie in der Minderheit waren, wurden die Zollsätze, welche die Regierung vorschlug, entweder angenommen oder gar noch gesteigert; eine Erhöhung der Viehzölle wurde auf Antrag der freien volkswirtschaftlichen Vereinigung, an deren Spitze Schorlemer-Alst stand, ganz neu in die Vorlage aufgenommen. Unter den geringfügigen Ermäßigungen, die durchgingen, befanden sich die für Südfrüchte und Olivenöl, die man Spanien zugestand, damit dieses in die Erhöhung des ihm gegenüber gebundenen Roggenzollens willigte; auch der Bundesrat erklärte einige in der zweiten Lesung beschlossene Erhöhungen für unannehmbar, worauf dieselben in der dritten Lesung vom 11.—13. Mai wieder beseitigt wurden; die Holzzölle wurden nicht, wie die Regierung vorgeschlagen hatte, verdreifacht, sondern nur verdoppelt, wobei etwa 20 Mitglieder des Centrums die Entscheidung gaben. Zu einer wirklichen Reform der Zuckersteuer kam es auch diesmal nicht, sondern nur zu einer Verlängerung des provisorischen Gesetzes, durch das die Übelstände nicht beseitigt wurden.

Börsensteuer.

Die Börsensteuer wurde von den Konservativen wieder zur Verhandlung gestellt, indem Wedell-Malchow den letztjährigen Regierungsentwurf als Antrag einbrachte. Die Nationalliberalen reichten durch Schelhäuser einen Gesetzentwurf ein, der statt der Abgabe von 2 pro Mille nur einen fixen Stempel von 20 Pf. bis zu 3 Mark einführen und die drückenden Kontrollvorschriften beseitigen sollte. Die Kommission hielt sich jedoch im Wesentlichen an den Wedellschen Antrag, der dann auch mit einigen Abschwächungen angenommen wurde. Einen Antrag

der Bime
sollte, les
der Kan
Prüfung
Agrarie
lebendig
zugegan

Ein
Ultram
Arbeiter
Sonntag
und Kin
Bedenke
erheblich
mit dem
die Vor
steller tr
Staate g
Minister
auch aus
vergrabe
einführn

Im
Stellung
ordnete
unter de
Es sollt
Kommun
14¹/₂ M
men we
in der
zipiell
welcher
den sch
anders
mit ihm
Erleicht
hatte de
am 4. S
stimmte

De
und der
sah in
Debatte
handlun
gesetzes

der Bimetallisten, der die Einführung der Doppelwährung vorbereiten sollte, lehnte der Reichstag im März mit großer Mehrheit ab: da jedoch der Kanzler bald darauf erklärte, die Frage unterliege zur Zeit der Prüfung der zuständigen Behörden, so blieb die Besorgnis, daß die Agrarier auch auf diesem Gebiete noch ihren Willen durchsetzen würden, lebendig und wurde kaum durch den Beschluß des Bundesrates den ihm zugegangenen Eingaben keine Folge zu geben beschwichtigt.

Doppelwäh-
rung.

Einen wahren Wettlauf stellten die Konservativen, Freikonservativen, Ultramontanen und Sozialdemokraten mit Anträgen zum Schutz der Arbeiter an, indem sie teils den Normalarbeitstag, teils das Verbot der Sonntagsarbeit und die Beschränkung der Beschäftigung von Frauen und Kindern verlangten. Dem Kanzler selbst erweckten diese Forderungen Bedenken; er meinte, die Durchführung würde den Lohn des Arbeiters erheblich vermindern und manche Industriezweige unfähig zur Konkurrenz mit dem Auslande machen; außerdem vermißte er den Nachweis, wie die Vorschläge durchgeführt werden könnten, und verglich die Antragsteller treffend mit einem Fürsten, der Befehl erteile, daß jeder in seinem Staate glücklich sein sollte, die Sorge, wie das zu machen sei, aber seinen Ministern überlasse. Trotz wiederholter Verhandlungen wurde dann auch aus alle diesen Anträgen nichts: sie blieben in der Kommission vergraben. Dasselbe Schicksal hatte ein Antrag Ackermanns auf Wiedereinführung des Befähigungsnachweises im Gewerbebetrieb.

Arbeiterich-
tungs-
gesetz.

Im preussischen Landtag bethätigte das Centrum seine maßgebende Stellung von neuem durch das Verwendungsgesetz, welches der Abgeordnete von Hüne einbrachte und dessen Annahme die Bedingung war, unter der es im Reichstag den Getreide- und Viehzölle zustimmen wollte. Es sollten danach die Preußen zuließenden Erträge dieser Zölle den Kommunalverbänden überwiesen werden, jedoch unter Abzug von 14 $\frac{1}{2}$ Million Mark, die zu allgemeinen Staatszwecken vorweg genommen werden durften. In dieser Form erklärte sich der Finanzminister in der Kommission mit dem Antrage einverstanden, wengleich er prinzipiell lieber nach einem Vorschlage der Nationalliberalen den Betrag, welcher den Kommunalverbänden überwiesen werden sollte, fixiert und den schwankenden Überschuß für den Staat zurückbehalten hätte; noch anders stand der Kultusminister der Frage gegenüber, insofern er und mit ihm die Freikonservativen die eingehenden Summen am liebsten zur Erleichterung der Schullasten verwenden wollte; allein das Centrum hatte das Heft in der Hand und mit 223 gegen 86 Stimmen wurde am 4. Mai 1885 die „lex Huene“ angenommen. Auch das Herrenhaus stimmte ihr ohne weiteres zu.

Lex Huene.

Obchon somit in dieser wichtigen Frage zwischen der Regierung und dem Centrum eine Verständigung erzielt wurde, dauerte der Gegensatz in den kirchlichen Fragen doch immer noch fort. Zu den üblichen Debatten bei der Budgetberatung kamen abermals, im April 1885, Verhandlungen über Windthorst'sche Anträge betreffend Aufhebung des Sperrgesetzes und Straffreiheit des Messelesens; doch reichten sie an Lebhaftig-

Kirchliche An-
träge.

Bischöfs-
wahlen.Die Bischöfe
und das Cen-
trum.Polen-
ausweisung.

keit und Interesse nicht an die große Debatte, welche im Reichstag am 3. Dezember 1884 zur Annahme des Antrages auf Beseitigung des Expatriierungsgesetzes geführt hatte. Inzwischen war Schlözer in Rom unausgesetzt thätig um die Wiederbesetzung der erzbischöflichen Stühle von Posen und Köln zu erreichen; mit dem letzteren gelang es ihm endlich auch; Anfang April verlautete, daß Melchers zum Kardinal ernannt und der Bischof Kremenß von Ermeland in der rheinischen Metropole sein Nachfolger werden sollte. Durch ein Abschiedswort, das der Kirchenfürst an seine Diözesanen richtete, wurde diese Meldung bestätigt und am 29. Juli die Präkonisierung vom Papste wirklich vollzogen. Auch über die Berufung des Generalvikars Thiel zum Bischof von Ermeland wurde im Dezember 1885 Einverständnis erzielt, gerade wie im Mai für den verstorbenen Bischof Blum von Limburg in dem Geistlichen Räte Roos ein beiderseits genehmer Nachfolger gefunden war. In bezug auf Ledochowski's Erziehung aber scheiterten auch jetzt alle Verhandlungen. Thatsächlich wurde der Kulturkampf auf diese Weise mehr und mehr eine polnische Frage, was den Ultramontanen nicht eben lieb sein konnte. Sie wünschten auch in den deutschen Diözesen Kampfstoff zu behalten und waren deshalb sehr unzufrieden mit einem vertraulichen Erlaß des Paderborner Bischofs, der die Studierenden der Theologie anwies sich den Besuch der in den Staatsgesetzen vorgeschriebenen Kollegien bescheinigen zu lassen. Die ultramontane Presse griff diese Nachgiebigkeit so heftig an, daß von Rom der Befehl nach Paderborn erging den Erlaß zurückzunehmen und daß auf einer Konferenz der Bischöfe zu Fulda im August sogar beschlossen wurde in allen Diözesen die Theologiestudierenden einzeln vorzuladen und ihnen die Einholung jener Zeugnisse ausdrücklich zu verbieten. Im allgemeinen waren jedoch die Bischöfe unverkennbar friedfertiger als die politischen Vorkämpfer des Ultramontanismus, die auf der Generalversammlung der Katholiken in Münster ganz in der alten Weise den verglimmenden Hader wiederanzufachen suchten. Sie waren es auch, die den religiösen Gesichtspunkt in einer Frage in den Vordergrund rückten, die doch wesentlich politisch und wirtschaftlich war. Die preußische Regierung glaubte der polnischen Propaganda in den gemischten Gebieten durch die Ausweisung der dort wohnenden nicht-preußischen Polen entgegentreten zu müssen. Ihre Berechtigung dazu ließ sich nicht bestreiten, über die Zweckmäßigkeit der Maßregel waren dagegen wohl Zweifel möglich, da das Erwerbsleben der preußischen Provinzen dadurch mannigfach geschädigt wurde und Gegenschlüge von Rußland und Frankreich zu befürchten waren; vor allem aber mußte man erwarten, daß die Behörden in thunlichst humaner Weise verfahren, und das war keineswegs immer der Fall. Schon bei einer Interpellation, die im Mai im Abgeordnetenhaus erfolgte, traten deshalb freisinnige Redner neben dem Centrum für die Polen ein, und die beiden großen Parteien unterstützten auch im Reichstage am 1. Dezember 1885 eine Interpellation Jazdzewski's, welche Auskunft darüber verlangte, ob die Reichsregierung Schritte gegen jene Maßregel der

preußische
kaiserliche
Reichsreg
tags die
Einzelste
wandes
derselben
Sprache
auf den
die gegen
Grenzpro
nur zum
— dem

Die
anderen
und nich
natürlich
war es
tung der
doch imm
Deutscher
entgegen
Reden ei
auch ma
treuesten
Kluft sic
der ande
sein Th
National
vor der
trauten,
Nachteil
der Tasc
aus Da
digung
am 1. V
er mit
waren,
sich in
Kundgel
schränkt
haben
Notwen
der Da
als „B
Spitze

preussischen Regierung zu thun gedenke. Bismarck verlas darauf eine kaiserliche Botschaft, die eine derartige Zumutung zurückwies, da es keine Reichsregierung gäbe, die befugt wäre unter der Kontrolle des Reichstags die Aufsicht über die Handhabung der Landeshoheitsrechte in den Einzelstaaten zu führen. Ohne die formelle Berechtigung dieses Einwandes zuzugeben zog die Mehrheit es doch vor die Sache noch in derselben Sitzung in anderer Form beim Etat des Reichskanzleramtes zur Sprache zu bringen, und Bismarck nahm keinen Anstand an dieser Stelle auf den „Meinungsaustausch“ einzugehen und unter heftigen Angriffen auf die gegnerische „Koalition“ zu erklären, daß er ihr zur Polonisierung der Grenzprovinzen nicht behilflich sein werde, und daß man „die Reichsbude nur zumachen“ könne, wenn man — was natürlich niemand beabsichtigte — dem Kanzler um dieser Frage willen das Gehalt versagen wolle.

Die verletzende Art, in welcher Fürst Bismarck bei dieser wie bei anderen Gelegenheiten seinen Gegnern vaterlandsfeindliche Gesinnung und nicht selten auch republikanische Gelüste schuld gab, mußte ihm natürlich die Gemüter mehr und mehr entfremden. Von Jahr zu Jahr war es schwerer geworden in dem Manne, dessen neuere politische Richtung der ehrliche Liberalismus überzeugungsgemäß bekämpfen mußte, doch immer zugleich den hochbewunderten und verehrten Begründer des Deutschen Reiches zu achten und nur in sachlicher Weise seinen Plänen entgegenzutreten. Die persönliche Bitterkeit, die sich früher nur in den Reden einzelner Parlamentarier Luft zu machen gesucht hatte, ergriff auch maßvoll und ruhig überlegende Männer, die einst zu des Kanzlers treuesten Mitarbeitern gehört hatten. In demselben Maße, wie die Klust sich zwischen ihnen und Bismarck erweiterte, wuchs freilich auf der anderen Seite die Vergötterung und kritiklose Hingebung, die all sein Thun und Reden bei der großen Masse der Konservativen und Nationalliberalen fand; auch an solchen fehlte es nicht, die auch Furcht vor der Macht, die in des Kanzler Händen lag, und weil sie ihm zu trauten, daß er dieselbe rücksichtslos zu ihrem oder ihrer Wahlkreise Nachteil anwenden werde, in den Chorus einstimmten, nicht ohne in der Tasche die Faust zu ballen. Sie alle, die aufrichtig oder berechnend, aus Dankbarkeit oder aus Klugheit dem großen Staatsmanne ihre Huldigung darzubringen wünschten, fanden dazu die geeignetste Gelegenheit am 1. April 1885, dem siebenzigsten Geburtstage des Fürsten, an dem er mit Zeichen der Verehrung überschüttet wurde, die, beispieslos wie sie waren, doch sicher nicht das Maß der Verdienste überschritten, die er sich in der Vergangenheit um Deutschland erworben hatte; sich von diesen Kundgebungen fern halten zu müssen, weil der Kanzler selbst die beschränkte Beziehung auf seine früheren Thaten unwillig zurückgewiesen haben würde, war für manchen seiner Gegner eine bitter empfundene Notwendigkeit. Auch durch ein großartiges Nationalgeschenk wurde ihm der Dank seiner Verehrer ausgedrückt. Von den 2³/₄ Millionen, die als „Bismarckspende“ gesammelt waren, bestimmte das Komitee, an dessen Spitze der Herzog von Ratibor stand, 1¹/₂ Millionen für den Ankauf

Bismarck und
die liberale
Opposition.

Bismarckfeier.

des Stammgutes Schönhausen; der Rest wurde dem Fürsten zu einer Stiftung übergeben, deren Zweck er selbst festzustellen hatte; daß er sie im Interesse der Lehrer an höheren Schulen errichtete, überraschte wohl allgemein und wurde vielfach als eine recht zweifelhafte Auszeichnung betrachtet.

Tod Manteuffels.

Unter den Ereignissen, die sich in den deutschen Mittel- und Kleinstaaten zutrug, waren wenige von allgemeiner Bedeutung. Die Reichslande verloren am 17. Juni 1885 ihren Statthalter, den Feldmarschall von Manteuffel, durch den Tod; an seine Stelle trat im Oktober der Botschafter in Paris, Fürst Hohenlohe. Die Hoffnungen, mit denen einst Manteuffels Ernennung und erstes Auftreten begrüßt worden war, hatten sich doch wenig erfüllt; in den leitenden oberen Schichten war keine umfassende Sinnesänderung zum Durchbruch gekommen, obgleich der Marschall gerade sie zu gewinnen alles aufgeboten hatte. In den letzten Jahren hatte auch er strengere Saiten aufgezoogen und insbesondere 1881 ein Reichsgesetz veranlaßt, welches einerseits zwar die Öffentlichkeit der Sitzungen des Landesausschusses anordnete, daneben aber auch vorschrieb, daß die Verhandlungen vom 1. März 1882 an nur in deutscher Sprache geführt werden sollten. Auffälliger Weise gelang es den Klagen des Abg. Winterer eine Reichstagsmehrheit für die Rücknahme dieses Beschlusses zu gewinnen; doch wurde der von ihm eingereichte Gesetzentwurf in der dritten Lesung am 30. November 1882 mit 153 gegen 119 Stimmen noch glücklich zu Fall gebracht. Unter den inneren Angelegenheiten Elsaß-Lothringens erregte der schlechte Zustand der Monopolverwaltung großes Interesse, weil dieselbe vielfach als Muster für das beabsichtigte Reichstabaksmopol hatte dienen müssen und die Enthüllung der schweren Mängel, an denen sie litt, deshalb nicht ohne Rückwirkung bleiben konnte. Daß der Statthalter im Jahre 1884 gegen die französisch gesinnte Presse durch Verbot und gegen die in das militärpflichtige Alter eintretenden Optanten durch Ausweisung einschritt, steigerte die Erbitterung der Protestpartei auf den höchsten Grad und machte die Stellung der Autonomisten ganz unhaltbar; bei den Reichstagswahlen von 1884 wurden lauter Protestler und Klerikale gewählt. Doch fehlte es andererseits auch nicht an Zeichen der fortschreitenden Germanisierung und dem Fürsten Hohenlohe durfte wohl das Vertrauen entgegengebracht werden, daß er aus den Mißgriffen seines Vorgängers, die diesem kaum schwer anzurechnen waren, nützliche Lehren ziehen werde.

Braunschweig.

Nicht unwichtig war es, daß der Tod des Herzogs Wilhelm von Braunschweig am 18. Oktober 1884 die offene Frage, wie es mit der Thronfolge des Herzogs Ernst August von Cumberland werden sollte, zur Entscheidung brachte. In fürstlichen Kreisen fehlte es letzterem nicht ganz an Sympathieen, und wenn er einen unverkauflierten Verzicht auf Hannover hätte aussprechen mögen, würde ihm Braunschweig schwerlich vorenthalten sein. Zunächst übernahm der nach dem Gesetz von 1879 gebildete Regentschaftsrat, dessen Vorsitz Graf Görz-Brisingen führte, die Regierung und wurde vom Kaiser und Bundesrat anerkannt;

Cumberle
wiederkeh
anerkennt
und somit
Thatsach
dem verfa
Brief an
welchem
mutet we
Bundesr
keiten zw
verhinder
jedoch be
entstande
es schlug
spruch an
fassung
am 2. In
hatte sich
erklärt,
trat sie
Prinzen

Wi
durch de
Zufall d
Grenze
kennen
Zahlreid
werden
dereinst
minder
worden;
tischer
die letzte
weil der
Verbind
Mängel
heit sch
läßt. S
zu den
fasser re
dringlich
gleichfal

Cumberland's Patente und Proteste verhallten wirkungslos. Der immer wiederkehrenden Versicherung, daß er die Verfassung des Deutschen Reiches anerkenne, worin auch die Anerkennung des preußischen Besitzstandes und somit der Verzicht auf Hannover enthalten zu sein schien, stand die Thatsache gegenüber, daß der Prinz dieselbe Versicherung schon 1879 dem verstorbenen Herzog gegeben und doch gleichzeitig demselben einen Brief an die Königin von England abschriftlich übersandt hatte, in welchem er erklärte, daß der Verzicht auf Hannover ihm nicht zugemutet werden könne. Diesem Doppelspiel gegenüber gab Preußen im Bundesrate die Erklärung ab, daß Cumberland's Thronbesteigung Streitigkeiten zwischen Preußen und Braunschweig hervorrufen würde, die zu verhindern Sache des Bundesrates sei. Diese Motivierung erregte jedoch bei Bayern Bedenken, da die Verfassung nur von Erledigung entstandener, nicht von der Verhinderung befürchteter Streitigkeiten spreche; es schlug daher eine andere Begründung vor, welche Cumberland's Anspruch auf preußische Gebietsteile als mit den Grundprinzipien der Verfassung unvereinbar bezeichnete, und in dieser Form wurde der Antrag am 2. Juli 1885 vom Bundesrat angenommen. Schon drei Tage früher hatte sich die braunschweigische Landesversammlung in gleichem Sinne erklärt, und nach Ablauf des im Regenschaftsgesetz festgestellten Jahres trat sie am 20. Oktober zusammen und wählte des Kaisers Neffen, den Prinzen Albrecht von Preußen, einstimmig zum Regenten des Landes.

Schlußwort.

Mitten im Laufe der Entwicklung, an einem Punkte, der nicht durch den Gang der Ereignisse gerechtfertigt, sondern nur durch den Zufall dargeboten ist, schließen wir unsere Darstellung ab, hart an der Grenze der Tagespolitik. Den großen Mangel, der darin liegt, zu verkennen ist dem Verfasser wohl noch weniger möglich als dem Leser. Zahlreiche Fäden sind angesponnen, die zu keinem Abschluß geführt werden können; zahlreiche andere sind fallen gelassen, die sich vielleicht dereinst noch als hochbedeutsam erweisen. Der politischen Ereignisse in minder wichtigen oder entlegeneren Ländern ist nur flüchtig gedacht worden; ja einem Gemeinwesen von so gewaltiger historischer und politischer Bedeutung, wie es die Vereinigten Staaten sind, haben wir für die letzten anderthalb Jahrzehnte keine besondere Darstellung gewidmet, weil der Anknüpfungspunkt fehlt, der sie mit der europäischen Politik in Verbindung setzt. Aber einschneidender als diese noch mehr äußerlichen Mängel ist der Umstand, daß die Schilderung der jüngsten Vergangenheit schlechterdings keine objektive und rein historische Beurteilung zuläßt. Ihr so nahe zu kommen, wie es ihm seine persönliche Stellung zu den politischen Fragen des Tages irgend gestattet, hat sich der Verfasser redlich bemüht, teils dadurch, daß er seine Meinung nicht vordringlich in den Vordergrund geschoben und die Motive der Gegner gleichfalls zur Geltung gebracht, teils dadurch, daß er die Be-